

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Er scheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgepaltenen Kolonelleite 1 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **254000** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Die bürgerliche Presse wird nicht müde, das Thema „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“ immer wieder zu besprechen und insbesondere ist es die Deutsche Arbeiter-Zeitung, die Nummer für Nummer ihre Spalten mit den weitestgehenden und verwegendsten Betrachtungen darüber füllt. Sie betreibt dieses Geschäft mit Methode und vollem, klarem Zielbewußtsein, sie will ihre Verdrehungen, Unterstellungen und Entstellungen so lange allen, die das Blatt lesen, suggerieren, bis sie davon überzeugt sind, daß die Gewerkschaft die Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie die Gewerkschaft ist; daß die Lohnkämpfe politische, sozialdemokratische Kämpfe sind; daß sie nicht der Verbesserung der augenblicklichen Lage der Arbeiter und ihrem allmählichen Emporsteigen, sondern dem Umsturz dienen. Seit das Blatt besteht, heist und schürt es in dieser unverantwortlichen, verlogenen Weise gegen die Gewerkschaftsbewegung und macht es die Unternehmer wie die Behörden gegen die Arbeiter, gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie scharf. Das Blatt will, genau wie der Kirsdorf, für die Arbeiterchaft weder die Selbsthilfe noch die Staatshilfe gelten lassen; die Arbeiter sollen vielmehr die rechtlichen Untertanen des Unternehmertums sein, wie es die Bewohner des absolutistischen Staates sind. Soviel sollte aber auch ein Reizwiz wissen, daß für seine Anschauungen die Zeiten vorbei sind und daß daher sein ganzer Kampf eine unfruchtbare Kräfteverschwendung ist. Das zum Bewußtsein seines Menschentums erwachte arbeitende Volk läßt sich nicht mehr dahin zurückdrängen, wo die Kirsdorf, Reizwiz und Konforten es haben wollen; im Gegenteil räumt es fortwährend mit dem wirtschaftlichen und politischen Absolutismus, mit dem „Herrn im Hause“ auf, um überall mitzubestimmen, das Recht, bei der Gestaltung seiner Verhältnisse mitzureden, erfolgreich geltend machen zu können. Von ihrem Standpunkt aus sehr unklug handeln trotz aller Schläumereien die Scharfmacher, indem sie alles, was die Arbeiter tun, mit der Sozialdemokratie in Zusammenhang bringen und verquicken. Jede Lohnforderung, jedes Verlangen nach Beseitigung von Mißständen, jedes Begehren nach Arbeitszeitverkürzung u. s. w. wird umgefächelt in eine politische Forderung, in eine Forderung der Sozialdemokratie, in eine Forderung des Umsturzes. Die natürliche Konsequenz davon ist, daß auch der einfachste Arbeiter, sofern er nur denkt, von der Sozialdemokratie die höchste Meinung bekommen muß, sobald er in den Zeitungen Artikel liest, wie sie jede Nummer der Deutschen Arbeiter-Zeitung enthält. Dann muß sich der Arbeiter sagen, daß die Sozialdemokratie, die so alles macht, die überall als eine geheimnisvolle, wohlthätig wirkende Macht sich fühlbar macht, die überall ist und alles kann, etwas ganz wunderbares sein muß. Dann verbannt er ja nur der Sozialdemokratie die geregelte Arbeitszeit, jede weitere Arbeitszeitverkürzung, jede Lohnerhöhung, jedes soziale Gesetz, jedes Recht und jede Freiheit, und dann, so wird er weiter schließen, muß sich ja jeder Arbeiter dieser so viel genannten Sozialdemokratie, um die sich alles dreht, anschließen.

Auf diese Konsequenzen der Verantwortlichmachung der Sozialdemokratie für alles, was im Arbeiterleben geschieht, hat vor fast zehn Jahren schon der verstorbene badische Fabrikinspektor Dr. Wörishoffer aufmerksam gemacht und es erscheint sehr zeitgemäß, seine Worte wieder in Erinnerung zu rufen. In dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1896 schrieb er: „In der Sprechstunde für Arbeiter in einem namhaften Industrieort wurde darüber geklagt, daß es für die Arbeiter nicht möglich sei, nur die bescheidensten Lohnerhöhungen zu erreichen. Wenn nur eine solche von 10 Pf. im Tage erreicht werde, werde man sofort für einen Sozialdemokraten erklärt und könne dann eine andere Arbeitsstelle am Orte oder in der Umgebung nicht mehr finden. Es seien aber weder sozialdemokratische Organisationen noch irgend welche Arbeitervereinigungen am Orte vorhanden. Auch letztere würden nicht gebildet. Wir können derartige Mitteilungen in den Sprechstunden nicht weiter verfolgen und glauben auch, daß solche Hindernisse der naturgemäßen Fortentwicklung der Löhne von selbst verschwinden. Wichtig ist es aber, daß an dem betreffenden Orte trotz ausgebreiteter Industrie die Löhne teilweise recht nieder und daß irgend welche Vereinigungen der Arbeiter zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen nicht vorhanden sind. Ein ursprünglicher Zusammenhang zwischen beiden kann nicht ohne weiteres in Abrede gestellt werden. Auch ist es einleuchtend, daß die vielfach vorhandene Beurteilung der derzeitigen Bedeutung der Sozialdemokratie von den Arbeitgebern unter Umständen zu einer vorteilhaften Gestaltung der Löhne benutzt werden kann. Es ist aber seitens der Unternehmer sehr unklug, bei den Arbeitern die Meinung hervorzurufen, daß auskömmliche Löhne und Sozialdemokratie sich ergänzende Dinge seien. Für den Augenblick mag ja ein solches Vorgehen gewisse Vorteile bieten, eigentlich ist es aber doch nur ein kurzichtiges Leben von der Hand in den Mund, welches gerade den oberen Klassen der Gesellschaft nicht ansteht. Auch liegt darin eine große Überschätzung des Einflusses der Arbeiterorganisationen auf die Gestaltung der Löhne.“

Diesen Darlegungen vorausgehend schildert Wörishoffer die Lohnverhältnisse und insbesondere die der Arbeiterinnen. Er konstatiert, daß in den meisten größeren Städten in einigen Industriezweigen die Arbeitslöhne der Arbeiterinnen so niedrig sind, daß für sie daraus die größten sittlichen Gefahren entstehen. Erwähnt wird dann insbesondere, daß in einer größeren Stadt die Polizeibehörde sich veranlaßt sah, im Zusammenhang mit anderen Miß-

ständen in einer gewerblichen Anlage auch die Löhne der Arbeiterinnen zu erheben, weil gerade in diesem Betrieb eine größere Anzahl derselben zu wiederholten sittenpolizeilichen Beanstandungen Anlaß gegeben hatte. „Der ermittelte Taglohn der erwähnten Arbeiterinnen war meist 1 Mk. im Tage. In Württemberg verdient einige auch 1 Mk. bis 1,15 Mk. täglich. In beiden Fällen gehen hieron noch wöchentlich 27 Pf. für Kranken- und Invalidenversicherung ab. Nicht selten war der Verdienst noch niedriger: 4,50 bis 5,50 Mk. in der Woche und auch noch weniger. Bei einigen dieser Arbeiterinnen stellte sich zwar heraus, daß sie lieberliche Personen waren und daß ihr Lebenswandel nicht auf ihre Bezahlung zurückgeführt werden konnte, von der größeren Zahl der betreffenden Arbeiterinnen konnte dies aber nicht gesagt werden. Alle diese Personen erklärten bei ihrer Einvernahme übereinstimmend, sie könnten mit 1 Mk. Tagesverdienst, wovon noch die Beiträge für Versicherung abgingen und der Unterhalt an Sonn- und Feiertagen bestritten werden müßte, unmöglich leben. Sie seien, um überhaupt bestehen zu können, auf einen Nebenerwerb der in Rede stehenden Art angewiesen. Einzelne suchten dies auch an den Angaben über die Dürftigkeit ihrer Existenz, deren Kosten sie trotzdem aus ihrem Arbeitsverdienst nicht befreiten könnten, nachzuweisen. . . .“ Auch in Mannheim betrug zu jener Zeit in vielen Industriezweigen der Lohn der erwachsenen Arbeiterinnen 10 bis 12 Pf. in der Stunde!

So waren die Lohnverhältnisse vieler badischer Arbeiterinnen im Jahre 1896 beschaffen und sie werden zu einem großen Teile heute noch so sein. Sie waren nun nach der vorstehenden amtlichen Schilderung ganz elend, wahre Hungerlöhne in des Wortes schlimmster Bedeutung. Daß mit solchen Hungerlöhnen die Arbeiterinnen nicht auskommen können, mußten sich auch die Unternehmer sagen, die ja sehr gut zu rechnen verstehen, auch wenn es sich um die Kosten der Haushaltung und der Lebenshaltung handelt. Sie haben also mit vollem Bewußtsein die Arbeiterinnen zur Prostitution gezwungen, um an ihnen infolge der schlechten Löhne recht hohe Profite machen zu können. Was ist das aber für eine Produktionsordnung, in der den Arbeitskräften nicht einmal die minimalsten Existenzbedingungen gewährt, in der die Prostitution als Nebenerwerbsquelle quasi in die Berechnung der Produktionskosten eingestellt wird? Und wo bleibt da das Pflichtbewußtsein der Unternehmer, die so handeln? Es ist aber bekanntlich nicht Baden allein, in dem so erbärmliche Arbeits- und Lohnverhältnisse bestehen, vielmehr existieren solche in allen Teilen des Deutschen Reiches und auch in den anderen Industriezweigen. Da drängt sich von selbst die Frage auf: Was hat diesen himmelschreienden und empörenden Zuständen gegenüber das Unternehmertum, was die Arbeitgeberverbände, was die Deutsche Arbeiter-Zeitung, was die ganze bürgerliche Presse, was die Gesetzgebung getan? Nichts, rein gar nichts. Es sind einzig die Gewerkschaften, es ist die gewerkschaftliche und politische Arbeiterpresse, es sind die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten, die sich unablässig bemühen, hier Wandel zum Bessern zu schaffen. Und die Organisationen haben mittels Lohn- und Streikbewegungen tatsächlich schon manche Besserung geschaffen. Dafür werden sie dann von den Scharfmachern beschimpft und verlästert und wird ihre Entrechtung durch eine Ausnahmegesetzgebung gefordert.

Und darum werden die Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie und dem Umsturz identifiziert, um desto kräftiger auf sie loszuhaben zu können und darum wird, wie Wörishoffer konstatierte, jeder Arbeiter, wenn er nur eine tägliche Lohnerhöhung von 10 Pf. verlangt, als Sozialdemokrat etikettiert, verhöhnt und auf die schwarze Liste gesetzt, also ausgehungert. Es ist ein elendes gemaltätiges Verfahren, das in dieser Weise die Unternehmer hornt, rücksichtslos und brutal praktizieren. Aber sie bewirken dadurch zugleich das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigen. Der fälschlich als Sozialdemokrat gemapregelte und geächtete Arbeiter wird dann wirklich Sozialdemokrat, wird auch Gewerkschaftler, so daß man von dem Treiben der Unternehmer sagen kann: „Das ist die Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“

Empörend ist der kapitalistische Terrorismus, der in jenem Vorgehen gegen die Arbeiter liegt. Das Verlangen nach einer kleinen Lohnerhöhung erscheint den Unternehmern als ein solches Kapitalverbrechen, daß nur Entlassung, Achtung durch die schwarze Liste, Arbeitslosigkeit, Existenzlosigkeit und Verdienstlosigkeit als geeignete Sühne erscheinen. Wegen diesen Terrorismus, der jeden Tag von den Unternehmern den Arbeitern gegenüber geübt wird, haben die Scharfmacher, die beständig den Mund vollnehmen von dem Terrorismus der Arbeiter, von dem Terrorismus der Gewerkschaften, von dem Terrorismus der Sozialdemokratie, nicht nur nichts einzuwenden, im Gegenteil verteidigen sie ihn noch als einen „Akt der Notwehr“ der Unternehmer gegen die Arbeiter, was an die Fabel vom Wolf und Lamm erinnert, der sich beklagt, daß dieses ihm das Wasser getrübt habe.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, die Scharfmacher veranlassen zu können, ihre Brunnenvergiftung, ihre Fälschung und Entstellung der Tatsachen, ihr ganzes trauriges Handwerk aufzugeben. Sie setzen es fort, mag man über ihr Treiben sagen was man will. Nur mögen auch sie sich nicht der Täuschung hingeben, daß es ihren Scharfmachereien gelingt, der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ein Ende zu machen, die sozialen und kulturellen Bestrebungen des arbeitenden Volkes durch die brutale Gewalt zu vereiteln und niederzuhalten. Die Zukunft gehört dem arbeitenden Volke trotz alledem, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sorgen dafür. Diesen Gang der Dinge kann keine Macht der Erde unmöglich machen. Und darum vorwärts!

### Aussperrung und Selbstüberschätzung.

Wir erhalten aus Berlin folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf den Leitartikel in Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung gestatte ich mir eine Erwiderung. Vorausgeschickt will ich, daß der angezogene Artikel in den weitesten Berliner Metallarbeiterkreisen und darüber hinaus den lebhaftesten Unwillen hervorgerufen hat. Geht doch die Tendenz des ganzen Artikels darauf hinaus, darzutun, daß nur die Streikenden schuld an der Aussperrung sind, und daß weiter nur die bodenlose Selbstüberschätzung und das „im Nachdenken wenig geübte Volk“ den Kampf herausbeschworen, sowie zu einem so unglücklichen Ausgang geführt haben.

Sehen wir nun einmal zu, wie der — anscheinend außerhalb der Kreise des im Nachdenken wenig geübten Volkes — stehende Artikelschreiber die Sache anfängt, um seine Weisheit den an Selbstüberschätzung und Anmaßlichkeit leidenden Berlinern in Form eines drei Spalten langen Elaborats einzutrichtern. Da muß ich denn vor allem meiner Verwunderung Ausdruck geben darüber, daß wohl mehrere Male in dem Artikel der Schraubendreher bei Siemens & Halske gedacht ist, mit keinem Worte aber die so elend bezahlten Lagerarbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erwähnt werden. Zur Ehre des Artikelschreibers nehme ich an, daß er trotz seiner Rückständigkeit den mit 30 Pf. Stundenlohn bezahlten Lohnflaven nicht gut den Versuch zu einer um einige Pfennige höheren Bewertung ihrer Arbeitskraft verargen will; für diesen Fall aber hätte er den Namen der Metallarbeiter-Zeitung nicht in Anspruch nehmen sollen! Was soll man beispielsweise zu einer so resignierten Fragestellung sagen wie in den ersten Sätzen des Artikels: „Was soll bei Aussperrungen noch für ein anderes Resultat erzielt werden können? Was soll noch Positives bei Aussperrungen heraus kommen?“ Dieß ist doch, als wenn die Aussperrung Zweck der Streikenden gewesen wäre, während doch umgekehrt die Aussperrung nur die Antwort der Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter war. Die Streikenden mußten aber auf ihren Forderungen beharren, wollten sie nicht nur gegenwärtig, sondern für absehbare Zukunft aus Furcht vor der angedrohten Aussperrung auf jede Bewegung zur Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses verzichten. Solcher Verzicht hätte den Unternehmern aber den Kamm nur noch mehr schnell gemacht und die Arbeiter nur noch schmählicher in dem knechtischen Joch erhalten.

Aus diesem Grunde mußte der Kampf gewagt werden, und aus diesem Grunde wäre es Pflicht des Hauptvorstandes gewesen, diesen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Was aber ist geschehen, um die in erster Linie notwendige Munition zu beschaffen? Mit Ausnahme der Berliner Gewerkschaftskommission hat keine andere Instanz, abgesehen von den freiwillig eröffneten Sammlungen, zu irgend welchen Geldbeschaffungen Anstalten gemacht. Während die deutsche Arbeiterchaft in Duzenden von Fällen die ausländischen Bruderorganisationen in bereitwilligster Weise mit recht namhaften Summen unterstützt hat, ohne daß der Hauptvorstand oder eine andere Instanz die Unterstützung von dem unmaßlichen Erfolg oder Misserfolg abhängig gemacht hätte, ist hier in diesem Falle mit einer Fassigkeit verfahren worden, die geradezu prooziend wirkt. Wer wagt denn, nachdem der Kampf diesen bedauerlichen Ausgang genommen hat zu behaupten, ein anderes Resultat wäre auch bei einer anderen Methode der Kampfführung nicht erreicht worden? Ist es nicht vielmehr sehr wahrscheinlich, daß wenn die erste Aussperrung der Unternehmer mit einem Gegenanschlag der Organisation beantwortet worden wäre, dergestalt, daß sämtliche Arbeiter aus den in Betracht kommenden Betrieben herausgezogen wurden, sich die Unternehmer dennoch zu Zugeständnissen bereit erklärt hätten? Aber selbst angenommen auch, dieses Mittel wäre fruchtlos geblieben, dann wäre hieraus der Organisation kein größerer materieller Schaden erwachsen, als ihn der jetzige darstellt. Dafür aber wäre der moralische Erfolg ein zweifellos größerer.

Nun ergeht sich der Verfasser des Artikels auch in einer philosophischen Betrachtung über den Begriff des Ehrenhandels. Ich habe eben schon dargetan, daß dieser Kampf gar nicht von dem Standpunkt des Ehrenhandels aus betrachtet werden konnte, er war für die Arbeiter vielmehr eine rein wirtschaftliche Frage, die dahin ging, ob sie auch für die Zukunft ihre gewerkschaftlichen Grundzüge betätigen können oder nicht. Diese Frage mußte verneint werden, sobald sie sich den Machtgelüsten der Unternehmer fügten und die Arbeit zu den ihnen unannehmbar scheinenden Bedingungen aufnahmen. Darum erübrigt es sich auch, mit dem Verfasser über den Begriff des Ehrenhandels zu rechten.

Der Artikelschreiber wirft dann die Frage auf, woher es kommt, daß die Arbeiter in der Frage der gewerkschaftlichen Kämpfe nicht seiner, des Artikelschreibers, Auffassung sind und er beantwortet sich die Frage so: „Das kommt daher, daß der Entscheidung über so wichtige Fragen in den seltensten Fällen ruhige, kühle Abwägung der tatsächlichen Machtverhältnisse vorangeht“ u. s. w. und nimmt es im Anschluß hieran den Arbeitern gewaltig übel, wenn sie die abmahnenden Beamten gelegentlich bei solchen Anlässen mit den „schmeichelhaften“ Invektiven „Bremser“ und „Schleimer“ belegt. Ich habe nun allerdings eine andere Meinung von den treibenden Kräften, die zu solchen Kämpfen führen, und der im Nachdenken wahrscheinlich geübte Artikelschreiber soll doch einmal seinen Geist nach der Richtung hin anstrengen, ob es nicht denkbar wäre, daß auch die ruhigsten und überlegtesten Leute, ja vielleicht gerade, weil sie diese beiden Eigenschaften in hervorragendem Maße besitzen, schließlich zu der Einsicht gelangen, daß ein Zustand, der tausende von Familienvätern zwingt, für einen Tagesverdienst von 2,70 Mk. unter Berliner Verhältnissen zu frohnden, beseitigt werden muß. Wenn man die Frage von dem Gesichtspunkt betrachtet, dann erklärt es sich auch, warum die Arbeiter mit solch zäher Energie zur Austragung des Kampfes drängten. Wie recht ich mit dieser Auf-

fassung habe, geht auch am besten daraus hervor, daß die Lagerarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft weit schwerer zum Besitze auf die Fortsetzung des Streiks bewegen werden konnten, als die etwas besser bezahlten Arbeiter der Firma Siemens & Halske.

Bezeichnend für den Artikelschreiber ist auch folgender Satz: Nachdem er vorher davor warnt, daß die Arbeiter ihre Macht überschätzen, sagt er: „Diese in der Organisation liegende Kraft ist auch stets anerkannt worden und es war daher höchst überflüssig, ein Mehr in dieser Richtung zu tun.“ Dieses „Mehr“ bezieht sich also auf die in der Organisation betätigte Kraft. Wenn der Verfasser hier deutsch verstanden sein will, dann heißt das nichts anderes als: So lange der Verband sich in defensiver Stellung befindet und nur Übergriffe des Unternehmertums abzuwenden braucht, wird er und hat er seine Schuldigkeit getan, ein Mehr, also gegebenenfalls auch einmal aggressiv vorzugehen, ist von der Organisation billigerweise nicht zu verlangen. Weil ich nun aber weiß, daß der Verband auch schon aggressiv vorgegangen ist, kann ich nur annehmen, daß entweder dem Artikelschreiber hier seine Gedanken ausgegangen sind, oder aber, daß für die Zukunft die Verbandstatistik geändert werden soll.

Nun noch ein paar Worte zu den Anknüpfungen, die aus diesem Kampfe gezogen werden sollen. Der Artikelschreiber sagt: Wenn dieser Kampf nur den Erfolg hätte, die Selbstüberschätzung der Berliner erheblich herabzusetzen, dann wäre der Ausgang des Kampfes nicht ganz erfolglos. Ich befreite ja nun auf das entschiedenste eine solche Selbstüberschätzung und habe eben angedeutet, aus welchen Ursachen dieser Kampf entstand, aber ich bin der Meinung, daß es nichts weiter als eine Phrase ist, die Arbeiter immer und immer wieder auf eine stärkere Organisation zu verweisen, die dann schon in der Lage sein wird, das für sie zu erreichen, was ihnen augenblicklich zu erreichen nicht möglich ist. Ich meine, eine Organisation, die wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Berlin 60 Prozent aller in der Metallindustrie Berlins beschäftigten Arbeiter umfaßt, müßte ein Faktor sein, mit dem keine Unternehmerorganisation so leichtem Herzens andandelt, die aber am allerwenigsten so leichter Kaufes aus dem Sattel gehoben werden kann. Wenn dem nicht so ist, dann ist das zurückzuführen auf die Sucht, unter allen Umständen Mitglieder zu werben und darüber die eigentliche Aufklärungsarbeit fast zu vernachlässigen. So wie unser Heer sich nur aus gesunden, kräftigen Leuten rekrutiert, um im Ernstfall nicht auf Krüppel und Blinde Rücksicht nehmen zu müssen, so sollten auch unsere Gewerkschaften nicht solche Leute aufnehmen, von welchen man schon im voraus weiß, daß sie im Falle eines Kampfes nicht ausstehen, sondern einen Wochenlohn von 15 Mk. einer Streikunterstützung von 10 Mk. vorziehen werden. Die Rücksicht auf diese Leute wieder ist es gewesen, die uns zwang, den Kampf abzubringen, weil zu befürchten stand, daß sie der Öffnung der Fabrikpforten nicht Standhalten würden. Dies lehrt aber deutlicher als alles andere, daß nicht die Quantität der Organisierten, sondern ihre Qualität bei derartigen Kämpfen entscheidend ist. Diese brauchbaren Kämpfer heranzubilden, ist Pflicht der Organisation, und dann kann man kühnlich behaupten, zehn wirklich aufgestärkte Kollegen nützen der Organisation in allen Sagen mehr als hundert Jocher.

Paul Zippel.

Zu den obigen Ausführungen bemerkt unser x-Mitarbeiter: Daß der unter der obigen Überschrift erscheinende Artikel in Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung in Berliner Metallarbeiterkreisen Unwillen erregt haben mag, wollen wir nicht bestreiten, obwohl wir überzeugt sind, daß auch nicht wenige Berliner Metallarbeiter in großen und ganzen dieselben Anschauungen vertreten wie sie in dem angegriffenen Artikel wiedergegeben sind. Daß aber über Berliner Metallarbeiterkreise hinaus lebhaftester Unwillen darüber besteht, ist sicher Übertrieben; denn wenn das der Fall wäre, müßten auch wir etwas darüber vernommen haben. Aber selbst wenn sich die „lebhafteste Missstimmung“ über die Kreise der Berliner Metallarbeiter hinaus ausdehnen sollte, so ist dies noch kein Beweis für die Unrichtigkeit unserer Ausführungen, vielmehr kann die Missstimmung gerade daher rühren, daß das in dem Aufsatz gesagte leider nur zu wahr ist. Wir, die wir die Ansichten vieler Metallarbeiterkreise kennen und uns genügend Urteilsvermögen erlauben, um sie auch vollwertig würdigen zu können, sind überzeugt, daß gerade das letztere der Fall ist.

Der verehrliche Einsender, der offenbar überieht, daß die Kraft und Stärke der Worte keine Diderlebung sachlicher Feststellungen ist, verfällt in dem nicht seltenen Fehler, Dinge und Behauptungen aus unserem „Laborat“ herauszulesen, die gar nicht in ihm enthalten sind. Zunächst ist unser Artikel mit keinem Wort verurteilt worden, die Arbeiter dadurch ins Unrecht zu setzen, daß wir ihnen die ganze Schuld an der Ausperrung aufbürden. Das ist nicht geschehen. Wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Schuld an der ersten Ausperrung die Unternehmer trägt und hierbei der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft ein größeres Maß von Schuld zuzuschreiben ist als der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft; denn die letztere Firma hat

bei Androhung der Ausperrung ihre vor dem Streik gemachten Zugeständnisse zurückgezogen und dadurch die Arbeiter provoziert. Das hätte dem verehrlichen Einsender, der ja in Entrüstung macht, weil er befürchtet, auch von uns als ein im Denken nicht geübter betrachtet zu werden, doch kaum entgegen dürfen, sofern er uns über die Übung im Denken eine bessere Meinung von sich selbst beibringen wollte. Daß es ihm entgangen ist, bestätigt unsere Behauptung, daß die Entscheidung bei Streiks sehr häufig nur von der Stimmung abhängt, denn nichts als Stimmungsausfluß ist es, wenn der Einsender behauptet, der Kampf müßte gewagt werden. Das war, wie gesagt, in dem Moment nötig, als die Unternehmer durch Androhung der Ausperrung und Zurückziehung der Zugeständnisse provozieren wollten. Will aber der Einsender behaupten, daß es notwendigerweise so weit kommen müßte? Das kann er nicht, und weil er das nicht kann, darum beschränkt er sich darauf, in aggressiver Weise aus unserem Artikel, der als ganzes zu nehmen ist, einzelne Sätze herauszureißen und sie in seinem Sinne anzulegen. Die Schraubendreher, das sagen wir hier nochmals, hätten die Zugeständnisse, die ihnen die Siemens & Halske-Aktiengesellschaft vor dem Streik gemacht hatte, annehmen können, ohne sich etwas zu vergeben, ohne die Machtgelüste der Unternehmer zu stärken. Was sie erhalten hatten, war ein Zugeständnis an die Kraft der organisierten Arbeiter, also eine Anerkennung der Machtstellung der Arbeiter. Die Unternehmer wollten den Kampf vermeiden, deshalb machten sie Zugeständnisse, hätten sie, wie es die Stimmung einiger Berliner Metallarbeiter darstellt, die Arbeiter vollends niederdrücken wollen, dann hätten sie überhaupt nichts zugestanden. Gerade hierin unterscheiden sich die Unternehmer von den Arbeitern. Die letzteren wägen vorher genau die Chancen ab, und weil sie wußten, daß ihre Kraft nicht ausreichte, den Vernichtungskrieg gegen die Arbeiter zu führen, suchten sie ihn durch Zugeständnisse zu vermeiden. Die Unternehmer erkannten das, was wir am Schlusse unseres Artikels als den Ausdruck eines namhaften Individuums zitiert hatten, sie vergewaltigten sich, daß die auf beiden Seiten vorhandenen Organisationen nicht stark genug sind, um einander niederzuzwingen, und machten, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, Zugeständnisse. Die Arbeiter überließen die Grenze ihrer Macht und gingen in Überschätzung derselben „auf's ganze“. Das war die Sachlage und diese Sachlage wird auch nicht geändert dadurch, daß die Forderungen noch so berechtigt gewesen sein mögen. Darüber haben wir uns weder in unserem Artikel ein Urteil erlaubt, noch um wir das heute, weil die Berechtigung dieser oder jener Forderung allein ihre Durchsetzung noch nicht gewährleistet, sondern in erster Linie die eigene Stärke im Vergleich zu der des Gegners, sofern letztere die Verhältnisse um Stellung von Forderungen überhaupt geeignet sind. Hieraus erklärt es sich auch, daß wir der Zögerlichkeit nicht Erwähnung taten. Diese konnten für unsere Betrachtung ausbleiben, weil die Umstände der Zugeständnisse an die Schraubendreher vor dem Streik eine gemeinsame Aktion der beiden Gewerkschaften nicht geeignet haben würde. Das beweist der Ausgang des Kampfes wie auch die Androhung seines Unfaltes durch die Unternehmer.

Dieser Gedankengang hat der verehrliche Einsender nicht begriffen, und weil er ihn nicht begriffen hat, kommt er auch zu der sehr merkwürdigen Erklärung unseres Satzes:

„Diese in der Organisation liegende Kraft ist auch stets anerkannt worden und es war daher höchst überflüssig, ein Mehr nach dieser Richtung hin zu tun.“

Nach dem ganzen Zusammenhang, in dem dieser Satz ausgesprochen worden ist, kann er nicht so aufgefaßt werden, wie er vom Einsender aufgefaßt wird. Wir nehmen hier wiederum des Einsenders an, daß es Mangel an Übung im Reden und nicht Unbilligkeit ist, daß er den Satz nicht verstanden hat. Wir wollen aber versuchen, uns auch dem Einsender gegenüber verständlich zu machen. Wir bedauerten in unseren Ausführungen die Art der Auffassung, die darin bestand, dem Arbeiter nur immer und immer wieder zu sagen, was er, als Klasse genommen, vollbringen kann, ohne ihn gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß dieses Vollbringen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Wir sagten, daß das zu einer falschen Beurteilung der eigenen Stärke führen müßte und wies darauf hin, daß eine genügende Stärkung der Selbstbewusstseins schon durch unsere Forderungen geschehe, so daß ein Mehr, wie es in der von uns gerügten Art der Auffassung geschieht, überflüssig sei. Daß der Einsender das nicht begriffen hat und uns Vorwürfe imputiert, die wir gar nicht ausgesprochen, beweist aber nur seine Unkenntnis, um nicht zu sagen Verdrüsselbarkeit. Haben wir denn nur Erfolge bei Abwehrstreiks zu verzeichnen und haben wir nur solche geführt? Unsere Erfolge datieren auch aus Angriffen und durchsichtlich werden sogar mehr Angriff als Abwehrbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Was wir treffen wollten und auch getroffen haben, ist die jetzt allenthalben modern werdende Auffassung, die darin besteht, daß der Streik das selbstverständliche, allgemeine übliche

Mittel zur Verbesserung der Lage sei. Diese Auffassung ist eine Gefahr für die Organisation und ein Produkt der falschen Einschätzung der eigenen Kraft. Der Streik ist nicht das Allheilmittel, sondern das äußerste, das letzte Mittel, das nur dann zur Anwendung kommen darf, wenn alle anderen Mittel sich als nutzlos erwiesen haben. Darüber die Mitglieder aufzuklären, sie die Abschätzung der gegenseitigen Kräfte lehren und ihnen Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse beibringen, ist mit eine der vornehmlichsten Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation. Wenn wir in dieser Beziehung den Einsender auf unserer Seite haben, ist er uns willkommen. Sein Eingeständnis allerdings nicht dafür. Anstatt sich zu freuen, wenn noch viele Mitglieder dem Verband zugeführt werden, und dafür zu sorgen, daß sie in der von uns eben angedeuteten Richtung aufgeklärt werden, erblickt er den Schaden darin, daß Leute in den Verband aufgenommen werden, von denen man von vornherein weiß, daß sie nicht im Kampfe ausstehen, sondern 15 Mk. Lohn einer Unterstützung von 10 Mk. vorziehen werden. Wir bewandern den Scharfblick, der den Einsender befähigt, jedem Beitretenden an der Nasenspitze anzusehen, ob er 15 Mk. Lohn 10 Mk. Unterstützung vorzieht und Streikbrecher wird, und wir sind ganz zerknirscht darüber, daß wir und noch verschiedene andere unsere Mitglieder nicht so glücklich waren, als Meister vom Himmel zu fallen. Die Welt, in der der Einsender lebt, scheint uns darin voraus zu sein. Während wir als jung unternehmende Leute in die Organisation eintraten, in ihr und aus den Verhältnissen lernend uns verhalten, unsere fernstehenden Vorgesetzten ohne Rücksicht auf ihre bisherige Auffassung zunächst einmal für uns zu gewinnen, ist der Einsender so glücklich, mit seiner Agitation nur aufgestärkte, zielbewusste Klassenkämpfer aus der Masse herauszusuchen und sie zur Organisation zu vereinen. Diese Arbeit mag lobenswerdend sein, wir ziehen es aber vor, unter den „Blinden und Krüppeln“ zu wirken, um sie von ihren Gebrechen zu heilen. Wir scheuen auch dann nicht vor dieser mühsamen Arbeit zurück, wenn diese „Blinden und Krüppel“ irtümlich ihren Gesundheitszustand falsch einschätzen und sich für gefünder halten, wie sie sind.

Streik und Moral.

In der Westdeutschen Gewerbezeitung wird ein bewegliches Mitglied über „Die demokratisierende Wirkung des Streiks“ angeführt. Diese Rede erregt der Fachzeitung für Hochbearbeitung und Anstaltlichen so bedeutsam, daß sie sie in ihren Nummern 40 und 41 im Interesse der Allgemeinheit abdruckt. Daß wir von ihr Notiz nehmen, geschieht nicht, weil wir sie für eine besonders gute literarische Leistung halten, auch bilden wir uns nicht ein, dem Verfasser andere Ansichten beibringen zu können. Dies ist uns schon aus dem Grunde nicht möglich, weil der Klassenstandpunkt des Verfassers grundsätzlich ist von dem des Proletariats. Wir gehen lediglich deswegen auf den Artikel ein, weil er uns als Beitrag zur Psychologie des Kleinmüßertums nützlich erscheint. Wir werden ihn abkürzungsweise vornehmen und unsere Meinung dazu sagen. Daß der Artikel in so elementar Deutsch geschrieben ist, wollen wir dem Verfasser nicht weiter zur Last legen. Er ist vielleicht ein Kleinmeister, der in seiner möglicherweise schon weit zurückliegenden Jugend eine der mangelhaften Persönlichkeiten befaßt hat, die auch heute noch nicht sämtlich durch bessere ersetzt sind. Sichtlich behandelt der Verfasser seine Behauptungen nicht ebenso schlecht wie die deutsche Sprache. Von den Modifikationen der heißen Blätter hätte er sich freilich erwartet, daß sie nicht so auf geschnittenen Füße mit der deutschen Grammatik leben. Der Zeher mag schon gelacht haben, als er das Manuskript erhielt.

Der Artikel beginnt:

„In der menschlichen Gesellschaft gibt es besonders hervorstechende Eigenschaften, welche denjenigen Menschen zieren, welcher diese in hervorragendem Maße besitzt; und umgekehrt gibt es andere Eigenschaften, welche den Mann, der dieselben in besonderem Grade anzeigt, der Verachtung seiner Mitmenschen aussetzt.“

Unter der ersten Kategorie wurde seit Jahrhunderten bei allen Völkern hochgeschätzt, die Menschlichkeit, das heißt die brüderliche Zusammengehörigkeit, die Rücksichtnahme des einen Menschen auf die Lage und Bedürfnisse des anderen, und die Hilfsbereitschaft des einen, wenn dem anderen Gefahr droht; vor allem aber die Unterlassung einer Schädigung respektive Verletzung der Person oder der Interessen des Mitmenschen. Während derjenige, welcher diese Eigenschaften in hohem Maße besitzt, von seinen Mitmenschen geachtet und geehrt wurde, fand der andere, welcher mit entgegengesetzten Eigenschaften behaftet war, nur Abneigung, Verachtung und allenfalls Jähzorn bei seinen Mitmenschen. Die Bezeichnung Unmensch war sein Anteil; in dieser Bezeichnung war das ganze Maß von Verachtung und Abscheu konzentriert, was einem böshafte Menschen gebührt.

Wie steht es nun mit der Menschlichkeit, mit der Rücksichtnahme auf andere, wie steht es mit der Schädigung der Nebenmenschen bei unseren modernen Streiks? Vor Beantwortung dieser

Technische Rundschau.

Eine neue Glühlampe wird von Siemens & Halske seit einiger Zeit in den Handel gebracht. Es ist die Zantallampe. Ihr Preis beträgt gegenwärtig noch 4 Mk. Sie soll aber so viel Strom ersparen, daß die Anschaffung sich doch lohnt. Das Zantall ist in der Natur reichlich vorhanden; es ist aber erst kürzlich dem Dr. v. Bolton gelungen, ein Verfahren zu entdecken, das ermöglicht, dieses Metall im großen rein zu gewinnen. Im gewöhnlichen Zustand sieht es etwas dunfler als Natrium aus. Bei 400 Grad läßt es gelb an, bei 500 bis 600 Grad blau. Dieser Zantalldraht läßt sich anwenden und verwenden, ohne eine helle Flamme zu entwickeln. Wenn es zur Glut erhitzt wird, nimmt es Wasserstoff und Stickstoff begierig auf. Seine spezifische Gewicht ist 16,8. In gewöhnlichem Zustand hat es die Härte weichen Stahles, aber eine größere Zugfestigkeit. Es schmilzt bei 250 bis 300 Grad. Durch mehrfaches Ausglühen und Hämern kann man dem Zantall eine Härte verleihen, die der des Diamanten gleichkommt. Die das Gewerksblatt aus Wittenberg berichtet, ist schon der Versuch gemacht worden, ein Stück auf diese Weise behandeltes Zantallblech mit einem Diamantbohrer zu durchbohren. Nach drei Tagen und drei Nächten, in denen der Bohrer ununterbrochen mit 600 Umdrehungen in der Minute gearbeitet hatte, war er glücklich  $\frac{1}{2}$  Millimeter tief eingedrungen. Der Bohrer war aber stark abgenutzt. Obgleich das Blech so hart war, daß es nicht durchbohrt werden konnte, war es doch noch möglich, es noch dünner zu walzen, wobei es nichts von seiner Härte und seiner Zähigkeit einbüßte. Ein ideales Material für Panzerplatten — neue Perspektiven für Fließverleimer und für Stanzblätter! Die in den Handel gebrachten Lampen, die bei 110 Volt Spannung 25 Kerzen Leuchtkraft entwickeln, enthalten als Leuchtkörper einen Zantalldraht von 650 Millimeter Länge und 0,6 Millimeter Durchmesser. Eine solche Lampe verbraucht zur Erzeugung desselben Lichteffektes nicht halb so viel Strom wie eine Kohlenbogenlampe. Um einen Zantalldraht von der erforderlichen Länge in einer Glasbirne von gewöhnlicher Größe unterbringen zu können, ist in der Birne der Birne ein Glasstab eingebracht, der oben in einer besonderen Form trägt, die in Patent ausfallen. Um diese Seiten in der Draht im Zustand gefolgt. Nach Amer-

versuchen, die mit diesen Lampen angeheilt sind, sollen sie über 1000 Stunden aushalten. Mit Einschluß des Lampenfassunges soll der Verbrauch 25 Kerzen Zantalllampen noch etwas billiger sein als der Verbrauch 15 Kerzen Kohlenbrennlampen. Die Erwärmsung wird um so größer, je höher der Strompreis ist. Ferner wird noch als Vorzug der Zantallampe gerühmt, daß sie noch gebraucht werden kann, wenn der Draht schon an einer oder gar an mehreren Stellen durchgebrannt ist. Infolge der eigenartigen Anordnung des Drahtes kommt es leicht vor, daß das abgerissene Drahtende mit einem benachbarten Ende in Berührung kommt und so die Verbindung wieder herstellt. Es soll sogar schon gelungen sein, Lampen, die infolge Durchbrennens erloschen waren, wieder gebrauchsfähig zu machen, indem man leicht an die Birne klopfte.

Die sogenannten Rapiddrehstühle haben sich zwar immer mehr Eingang verschafft. Sie sind aber nur für Maschinen verwendbar, die auch stark genug gebaut sind, um die gewaltige Belastung auszuhalten zu können, die bei der gesteigerten Schneidgeschwindigkeit und der größeren Schnitttiefe entsteht. Die Veruche, auf gewöhnlichen Drehbänken solche Rapiddrehstühle voll auszunutzen, hatten oftmals weiter keinen Erfolg als abgerissene Treibriemen, zusammengebrochene Supporte und dergleichen mehr. Um auch auf Drehbänken von gewöhnlicher Stärke der naturharten Stahl voll auszunutzen zu können, sind nach der Deutschen Industrie-Zeitung Veruche mit einem neuen Drehwerkzeug gemacht worden, das, wenn es sich bewährt, wenigstens ermöglicht, den Rapidstahl beim Abdrehen von Arbeitsstücken mit großer glatter Oberfläche zu verwenden. Das Werkzeug besteht aus einem Stahlwalze, dessen Sägenel in Lagen endigen. In diesen dreht sich eine Stahlspindel, worauf das scheibenförmige Schneidwerkzeug aus naturhartem Stahl befestigt ist. Das Profil dieser Scheibe ist natürlich zweckentsprechend ausgemacht, so daß die Scheibe sich frei schneiden kann. Am oberen Ende der Spindel befindet sich ein Kammer. Über dieses läuft eine Jochschraube, die mit zwei Haltern am Drehbänke befestigt ist. Beim Transport des Supportes muß sich also die Spindel und mit ihm das Schneidwerkzeug drehen. Es soll leicht und leicht einzuenden und der Druck der bei der Arbeit entsteht, soll so gering sein, daß auch Drehbänke von gewöhnlicher Stärke ihn aushalten. In Amerika soll dies neue Werkzeug sich bei den Arbeitern, weßer es verwendbar

ist, sehr gut bewährt haben. Zur Anfertigung der Schneidstühle soll sich der neuartige Werkzeugstahl „Unor“ besonders eignen. Man wird abwarten müssen, ob dieses neue Werkzeug sich bewährt.

Die Ventilation des Sandstrahlgebläses zum Gusspußen kommt immer mehr in Aufnahme. Der sogenannte Freitrich hat aber den Nachteil, daß er starke Gesundheitschädigungen durch den zurücksprühenden Sand und den stark aufgewirbelten Staub zur Folge hatte. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, baute man besondere Ventiler, in denen die Substanz dem Sandstrahl ausgeführt wurden. Bei den immer komplizierter werdenden Gusspußen genügt aber die automatische Ventilation nicht immer. Die Firma Alfred Gutmann, Aktiengesellschaft für Maschinenbau in Ottenfien, hat die Konstruktion eines neuen Puffhauses zum Patent angemeldet, die es ermöglicht, den Freitrich zu benutzen und gleichzeitig die Abzugsgänge des Arbeiters vor Sand und Staub zu schützen.

Eine Riesendampfturbine ist kürzlich im Wiener Elektrizitätswerk in Betrieb gesetzt worden, die 10000 Pferdestärken leisten soll. Sie liegt auf einem 20 Meter langen Fundament, worauf außerdem noch zwei große Dynamomaskinen aufgestellt sind. Die Länge der Turbine beträgt 9 Meter, ihr Durchmesser an der größten Stelle 2,60 Meter. Sie wiegt 107000 Kilogramm. Die Zahl der Umdrehungen beträgt tausend in der Minute.

Mit drei Gaskraftmaschinen von riesigen Dimensionen ist die Zentrale der elektrischen Straßenbahn in San Francisco ausgerüstet worden. Ihre Aufgabe ist es, sofort in Funktion zu treten, wenn im Dampftrieb Störungen vorkommen. Sie haben je 3000 Pferdestärken und werden mit Gas betrieben.

Mit elektrisch gebaktem Brot wird seit kurzem das Industriegebiet am Niagara-fall versorgt. Es ist dort eine Bäckerei errichtet, deren Backofen elektrisch geheizt werden. Die Einrichtung ist sehr einfach. Um den Backraum herum sind Röhren von einem Material gefertigt, das sich beim Durchgang des Stromes stark erhitzt. Dadurch hat man eine gleichmäßige vertikale Wärme erreicht. Namentlich entsteht eine sehr gute Dörbung, so daß das Brot sich an allen Stellen gut bräunt und gleichmäßig durchbackt.

Frage ist es ratsam, festzustellen, daß es unzweifelhaft auch le- rechtigte Streiks gibt. Wo zum Beispiel eine systematische Aus- beutung einer großen Anzahl Arbeiter durch einige Wenige statt- findet, wo diese Wenigen den Arbeiter andauernd eine so geringe Bezahlung geben, daß sie die Lebensbedürfnisse nicht befriedigen können, trotzdem eine bessere Bezahlung möglich wäre ohne Gefährdung ihrer Existenz; und wenn diese Wenigen vernünftigen Vor- stellungen unzugänglich wären, dann ist es zweifellos ein Recht dieser Arbeiter, einer solchen Rücksichtslosigkeit auch ihrerseits Rücksichts- losigkeit entgegenzusetzen und durch Streik endlich den Versuch zu machen, ihre Lage erträglich zu gestalten."

Der Verfasser scheint ein aufmerksamer Leser der Arbeiterzei- tung zu sein. In den Leitartikeln dieses Blattes haben wir auch schon wiederholt die Bemerkung gefunden, daß es berechtigte Streiks gebe. Noch nie aber haben wir in ihrem Vollgehalt, worin sie über Lohnbewegungen u. s. w. berichtet, gelesen, daß ein Streik als be- rechtigt anerkannt worden ist, mochten die Arbeiter auch noch so viel Unrecht zum Streifen haben. Wir sehen auch bei unserem Ver- fasser einen ähnlichen Unterschied zwischen Theorie und Praxis, denn er meint:

"Derjenige müßte jedoch ein Fremdling sein, der nicht wüßte, daß unsere modernen Streiks dieses Abwehr Stadium längst ver- lassen haben und wir süßen hinzu, daß die Streiks den Hand- werksmeistern gegenüber niemals in diesem Stadium gewesen sind. Um dieses zu beweisen, brauchen wir nur daran zu erinnern, daß die Handwerksmeister in den letzten Jahrzehnten mit verhängnisvollen Maßnahmen nicht nur keine höheren Löhne zahlen konnten, sondern sogar vielfach schon höhere Löhne zahlten, als ihre Verhältnisse es gestatteten; und trotzdem sind dieselben vernünftigen und begründeten Vorstellungen gegenüber stets zum Entgegenkommen bereit."

Sieh einer an! Ist es dem Verfasser gänzlich unbekannt, daß es Meister gibt, die den Wünschen ihrer Gesellen nach auskömm- lichem Lohn mit den Worten begegnen: „Als ich noch Geselle war, waren wir froh, wenn wir fünf Mark die Woche verdienten und die Frau Meisterin uns zweimal in der Woche Fleisch zu essen gab? Wenn die Gesellen Reduzierung der Arbeitszeit verlangen, um sich an der Natur oder an unseren Kulturverhältnissen mehr erfreuen zu können, meint mitunter so ein Meisterlein: „Als ich noch Geselle war, haben wir von morgens 6 bis abends 7 Uhr gearbeitet. Dann machten wir noch oft Überstunden. Dafür gab's dann 20 Pf. die Stunde. Freilich arbeiteten wir auch gerne; heute wollen die Ge- sellen bloß deswegen kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn, damit sie mehr in den Wirtschaften umherliegen können."

Unsere Kollegen und Leser mögen entschuldigen, wenn wir hier Dinge anführen, die ihnen schon längst bekannt sind. Dem Verfasser der so über die „demoralisierenden Wirkungen“ der Streiks gerech- tet, sieht dies alles aber gerade zu sein. Ebenso scheint es ihm noch unbekannt zu sein, daß gerade in Handwerkskreisen noch recht stark die Sucht herrscht, bei Subventionen u. s. w. sich gegenständig eine böse Schmutzkonkurrenz zu machen. Da es ein ganz natürliches Be- streben der Unternehmer ist, sich bei den niedrigen Preisen an den Arbeitern schadlos zu halten, finden wir, daß diese Schmutzkonkurrenz auch stets dort am stärksten vorhanden ist, wo die Arbeitgeberorgani- sationen noch keinen festen Fuß fassen und den Arbeitern einen Rückhalt verleihen konnten. Wenn es den Arbeitern gelang, sich kraft ihrer Organisation Lohnaufbesserungen zu erringen, war ge- wöhnlich die erste Folge die, daß die schlimmsten Anwärter der Schmutzkonkurrenz beseitigt wurden. Dies geschieht gewöhnlich, wenn es zum Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages zwischen den Organisationen der Arbeiter und denen der Unternehmer kommt. Auch selbst dort, wo die Schmutzkonkurrenz nicht mehr so stark vor- handen ist, sehen wir, daß die Unternehmer in den Fällen, wo sie gezwungen sind, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, sofort zu der Maßregel greifen, ihre Preise so zu erhöhen, daß ihr Profit nicht geschmälert wird.

Der Verfasser weist auf den inzwischen beendeten Schreinerstreik in Düsselhof hin und fährt fort:

„Wir kommen jetzt zur Beantwortung der Frage, wie es hierbei um die Menschlichkeit bestellt ist. Die Schreinermeister haben zum Teil Arbeiter übernommen, welche sie nicht allein ge- waltigen können, wenigstens nicht in der vom Kapitalgeber ge- stellten Frist, wenn sie nicht eine Hilfe haben, so erleiden die- selben eine Schädigung. Des sind sich die Arbeiter wohl bewußt und gerade deshalb bleiben sie von der Arbeit fort — um den Meistern diesen Schaden zuzufügen.“

Allerdings eine verführte Wode von den Arbeitern, immer nur dann in eine Lohnbewegung einzutreten, wenn ihnen die Konjunktur günstig ist.

„Damit nicht genug, man bemüht sich mit lakonischer Überlegung, dem Meister es auch unmöglich zu machen, andere Arbeitstafeln zu erhalten. Die größeren Betriebe sind hingewiesen auf Ver- schärfung mehrerer Leute, weil sonst das Anlagekapital nicht ver- zinst, die Geschäftsmenschen nicht erzielt werden können. Das wissen die Arbeiter, und gerade deshalb, und in der ausgesprochenen Absicht, den Arbeitgeber zu schädigen, bietet man alles auf, den Betrieb stillzulegen und stellt zu diesem Zweck Streitposten auf die Straße vor die Betriebs- und Arbeitsstätten, welche spionieren sollen, ob es wohl noch einen oder den anderen Arbeiter gibt, welcher bereit wäre zu arbeiten, um alsdann die streikfeindlichen Mittel anzuwenden, um dieses zu verhindern. Hierbei ist es nicht selten der Fall, daß der Geselle vor seines früheren Meisters Türe stand — um ihn zu schädigen — der alle Ursache gehabt hätte, seinem Meister zu danken, weil derselbe nach seinem eigenen Ge- ländnis ihm stets ein guter Meister war, ihn stets gut bezahlte und gut behandelte.“

Damit wären wir glücklich bei der „demoralisierenden Wirkung“ angelangt. Der Verfasser scheint tatsächlich selber daran zu glauben, daß die Interessen des Kleinhandwerkes die einzig maßgebenden Interessen in der ganzen Industrie sind. Früher, als das Kleinhand- werk noch allgemein vorherrschte, konnte man sich solche Anschauungen noch eher gefallen lassen. Der Handwerkszelle von Anno dazumal hatte in neundundzwanzig von hundert Fällen die Aussicht, selber Handwerksmeister zu werden, sobald er die von der Zunft seines Gewerbes vorgeschriebenen Bedingungen über Wanderjahre, Meistere- stück u. s. w. erfüllt hatte. Wenn es ihm da während seiner Lehrzeit und seiner Wanderjahre hin und wieder nicht gut erging, so lag für ihn immer der Trost nahe, daß alle diese Unannehmlichkeiten mit dem Tage verschwinden würden, wenn er selbst Meister und dadurch in die Lage versetzt würde, nam selber Gesellen auszubere- zu können. In diesem Voraussetzungen überwand der Geselle alle Unan- nehmlichkeiten leichter. Die Aussicht, selber Meister zu werden, ließ eben keinen Klagengegenstand in heutigen Sinne zwischen Unternehmer und Arbeiter aufkommen. Anders wurde es mit dem Aufkommen der Großindustrie und mit dem dadurch hervorgerufenen Niedergang des Kleinhandwerkes. Die Folge davon war, daß ein immer größerer Teil der Handwerksgehilfen sich der Möglichkeit beraubt sah, selbständig zu werden. Zum Großunternehmer fehlte einem solchen Gesellen das Kapital und sein Talent als Klein- handwerker zu prüfen, war ihm bei der großen Masse der Hand- werksmeister, die durch die Großindustrie dem Grunde überantwortet wurden, auch nicht zumuten. So ist es denn gekommen, daß das Handwerk nicht mehr die Bedeutung hat wie früher. Die Handwerks- meister sind gegen die frühere Zeit der Zahl nach bedeutend zurück- gegangen. Die Kleinbetriebe von heute haben in ihrer überwiegenden Mehrzahl ihr Aussehen und ihre Arbeitsweise bedeutend verändert, die Lebensfähigkeit in der Regel am meisten.

Bei einem Teil der Kleinbetriebe sieht es zwar gegenwärtig noch so aus, als ob sie vorläufig noch lebensfähig seien. Ein anderer Teil schwebt stets in der Gefahr, von der Großindustrie ebenfalls überflüssig gemacht zu werden. Noch ein anderer Teil ist dies bereits geworden, sucht aber durch unverkündete Ausbeutung von Lehrlingen, sogenannten „Jugendlichen Arbeitern“, und von Arbeiterinnen seine „Selbständigkeit“ zu wahren. Solche Existenzen nennt man Schmarboher- existenzen. Viele Handwerksmeister betrachten die schrankenlose Aus- bildung (richtiger: Ausbeutung) von Lehrlingen als unantastbares Privilegium, ja, sogar als unerlässliche Bedingung zur Erhaltung ihrer Selbständigkeit. Es gibt ja nun sogenannte „Mittelstandsretter“, die behaupten, das Handwerk stehe noch lange nicht auf dem Aus- sterbeetat. Wie weit dies der Fall ist, wie weit das Vorhandensein eines Handwerkerstandes heutzutage noch notwendig ist und wie die verschiedenen zur „Hebung“ des Handwerkerstandes vorgeschlagenen Mittel zu bewerten sind, dies alles hier zu behandeln, würde uns zu sehr von unserem eigentlichen Thema abführen und hat uns auch hier nicht zu beschäftigen. Der eifrigste Mittelstandsretter kann aber die Tatsache nicht bestreiten, daß von der großen Masse von Lehr- lingen, die durch das Kleinhandwerk alljährlich ausgebildet werden, nur ganz verschwindend wenige imstande sind, später als selbständige Handwerksmeister eine anständliche Existenz zu finden. Die über- große Mehrzahl der Handwerksgehilfen ist gezwungen, zeitweilig als Lohnarbeiter zu bleiben. Es ist nicht einmal allen Handwerks- gesellen möglich, im Handwerk Beschäftigung zu finden. Viele von ehemaligen Handwerksmeistern ausgebildete Gesellen sind darum ge- zwungen, ihre Arbeitskraft an die Großindustrie zu verkaufen und Fabrikarbeiter, Werftarbeiter u. s. w. zu werden. In diesen großen, immer gewaltiger anschwellenden Massen von Arbeitern bricht sich mit der Erkenntnis, daß sie zeitweilig Lohnproletarier bleiben müssen, aber gleichzeitig ein anderes Klassenbewußtsein Bahn. Sollen sie ihr Lebenlang darauf angewiesen sein, ihre Arbeitskraft an das Unter- nehmen zu verkaufen, so haben sie auch ein Interesse daran, sie möglichst teuer zu verkaufen. Ihre Stellung als Lohnarbeiter hindert sie nicht, danach zu trachten, durch Teilnahme an allen Kultur- bestrebungen, sich das Leben angenehmer zu gestalten.

Dies Bestreben ist unerschütterlich. Einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Zur Betätigung solcher Bestrebungen ist aber zweierlei notwendig: ausreichende Zeit und ausreichendes Geld. Daher das Verlangen der Arbeiterschaft nach kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen. Das Unternehmertum hat aber schmerzhaft entgegenge- setzte Interessen. Es will die Arbeitskraft des Arbeiters zu möglichst billigen Preisen kaufen. Das ein Teil des Unternehmertums imstande ist, den Schaden, der ihm durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne erwächst, durch Intensivierung des Arbeits- prozesses vorläufig wettzumachen, ändert nichts an dieser Regel. Dieser Gegensatz in den Interessen der Arbeiterschaft und denen des Unter- nehmertums ist nicht aus der Welt zu disputieren. Die immer zahl- reicher und immer schärfer werdenden Konflikte sind denn auch die unausbleibliche Folge dieser Klassengegensätze.

(Schluß folgt.)

**Fortschritte der schweizerischen Arbeiterschutz- gesetzgebung.**

Zeit dem Jahre 1890 sind in zehn Kantonen Gesetze zum Schutze der gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge geschaffen worden. Als erster Kanton trat sich nun der Kanton Zürich an, in sechs weiteren Kantonen liegen Entwürfe für Lehrlingengesetze vor.

Nach dem vom Kantonsrat beschlossenen Lehrlingengesetz für den Kanton Zürich müssen gewerbliche Lehrlinge bis ihrem Ein- tritt in die Lehre das 14., kaufmännische das 15. Altersjahr zurück- gelegt haben. Personen, die wegen unzureichlicher Veranlagung im Volksschulunterricht eingeschult sind, dürfen während der Dauer der Nachschulzeit keine Schulpflicht halten; der schriftliche Lehrvertrag ist in drei Exemplaren auszufertigen, wovon eines der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion zur Kontrolle einzureichen ist; einem Lehr- meister zu halten, auf die Dauer von fünf Jahren entzogen werden. Akkordarbeit ist für den Lehrling nicht zulässig. Auf Antrag unseres Genossen Erlmann-Zürich wurde beschlossen, den Lehrmeister zu verpflichten, dem bei ihm wohnenden Lehrling einen ordentlichen Schlafraum und ein eigenes Bett zu überlassen. Der Antrag unseres Genossen Kaufmann-Winterthur, den Lehrmeister zur Versicherung des Lehrlings gegen Krankheit und Unfall zu verpflichten, unterlag leider dem Anstand, der Rücksichtslosigkeit und dem Interesse der kapitalistischen Gesetzgeber, die durch seine Ablehnung dem „Mittel- stand“ eine spekulative Konzession auf Kosten der Proletarier machten. Leider wurde auch der Antrag unseres Genossen Regierungsrat Gerst auf Verbot der Züchtigung der Lehrlinge durch die Lehrherren ver- worfen, also ist, wie in Dänemark, die Prügelstrafe zugelassen. Einen schätzenswerten Fortschritt und einen Erfolg der sozialdemokratischen Kampfkraft bedeutet die mit 139 gegen nur 14 Stimmen beschlossene Annahme des Zehnstundentags in das Gesetz. Ferner wurde der obligatorische Besuch der gewerblichen und kaufmännischen Fort- bildungsschulen durch die Lehrlinge, das Verbot, denselben Arbeit mit nach Hause zu geben, der Ausschluß der Konkurrenzklause, das Obligatorium der Lehrlingsprüfung, die Bestellung von Inspektoren und Zuspätkommen für die Fortbildungsschulen, Bestellung einer zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zur Überwachung des Gesetzes beschlossen. Vorgelesen ist für den Verordnungsweg die Aufstellung von Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit und über die Maximallehrlingszahl in den einzelnen Betrieben. Gleichzeitig erhielt die Regierung den Auftrag, ein be- sonderes Gesetz über die Fortbildungsschulen auszuarbeiten und vor- zulegen. Die Bußen für die Übertretung sind mit 5 bis 200 Frs. festgesetzt.

Abgesehen von der Zulassung der Züchtigung der Lehrlinge durch ihre Lehrherren hat der Züricher Kantonsrat ein gutes Lehr- lingsgesetz geschaffen. Wird es in der späteren Volksabstimmung angenommen, so muß es Sache der Arbeiterorganisation und der Arbeiterpresse sein, darüber scharfe Kontrolle zu üben und alle „sonderrischen“ Lehrherren rücksichtslos an den Pfänger zu stellen.

Die eidgenössischen Fabrikinspektoren haben bereits im vorigen Jahre für die Revision des Fabrikgesetzes einen Entwurf ausgearbeitet, der aber bisher vom Industriesdepartement in Bern geheim gehalten wurde. Nun ist er aus der Mitte des Bundesrats heraus selbst in einem bürgerlichen Blatte veröffentlicht und so das Geheimnis ent- hüllt worden. Der Entwurf enthält manche schätzenswerte Ver- besserung des bestehenden Gesetzes und damit auch die Erfüllung mancher Arbeiterforderungen, aber er ist dennoch nicht befriedigend und er sollte daher in verschiedenen Parteien durch Abänderungen und Ergänzungen verbessert werden.

Die vorgeschlagenen Neuerungen sind: Ausdehnung des Geltungs- gebietes des Fabrikgesetzes auf Werkplätze und solche Verrichtungen, die mit dem industriellen Betrieb in Zusammenhang stehen. Der Bundes- rat wird ermächtigt, bezüglich der Arbeitsräume, der hygienischen Einrichtungen, der Unfallversicherung, die notwendig erscheinenden Vorschriften zu erlassen. Die Unternehmer werden verpflichtet, den Kantonsregierungen auf ihr Verlangen über die zur Verwendung gelangenden Substanzen, sowie über die Fabrikationsmethode Mit- teilungen zu machen. Die Kantonsregierungen sind verpflichtet, vor

der Genehmigung der Betriebsverwaltung die Pläne den eidgenössischen Fabrikinspektoren mitzuteilen. Die Unternehmer sind verpflichtet, auch jede gewerbliche Erfindung, die den Tod oder eine Erwerbs- unfähigkeit von mehr als sechs Tagen nach sich zieht, der Behörde anzumelden. Die bezüglichen Untersuchungen sind im Original dem Fabrikinspektor zur Einsichtnahme einzusenden. Das Arbeiter- verzeichnis muß in der Fabrik selbst anliegen. Der vorübergehende Ausschluß von der Arbeit als Strafe für disziplinarische Vergehen ist verboten. Wie bisher alle Fabrikordnungen, sollen in Zukunft auch alle Spezialreglements der behördlichen Genehmigung unter- liegen und müssen sie die Unterschriften der interessierten Arbeiter oder der von ihnen gewählten Kommission tragen. Die Kantons- regierung ist berechtigt, einer Fabrikordnung auch dann die Ge- nehmigung zu verweigern, wenn sie gegen die offenbare Billigkeit verstößt. Es kann eine Probezeit von 14 Tagen eingeführt werden, während der das Arbeitsverhältnis von Arbeiter und Unternehmer jederzeit ohne Kündigung gelöst werden kann. Die Fabrikordnung wird nicht als schriftliche Übereinkunft anerkannt. Wegen der Aus- übung eines verfassungsmäßigen Rechtes (Koalitionsrecht etc.), wegen Arbeitsunfähigkeit aus Krankheit oder Unfall bis zur Dauer von drei Wochen, sowie wegen Militärdienstes bis zu dieser Dauer, darf die Kündigung nicht ausgesprochen werden. Der moralische Wert dieses Schutzes des Koalitionsrechtes der Arbeiter kann anerkannt werden, der materielle Wert ist jedoch gering. Da der Unternehmer mit seinem Entlassungsrecht doch jederzeit einen ihm unliebamer Arbeiter loswerden kann. Die Entlassung während einer kurzen Krankheit ist eine besonders rücksichtslose Härte und die Entlassung wegen des Militärdienstes bezeichnen die Fabrikinspektoren als einen hohen auf die demokratische Rechtsverfassung, dem entgegengetreten werden müsse. Die Lohnkautien, deren gänzliche Beseitigung die Arbeiter fordern, ist leider beibehalten, aber der einen Wochenlohn nicht übersteigende Betrag soll nicht auf einmal vom Lohn ab- gezogen werden wie bisher, sondern durch Abzüge an zwei oder drei Zahlungen aufgebracht werden. Bei Akkordarbeit soll der Lohn vor der Übernahme der Arbeit festgesetzt werden. Die Verhängung von Bußen ist verboten, ferner dürfen für Plakmierte, Beleuchtung, Heizung und Reinigung der Arbeitslokale keinerlei Lohnabzüge ge- macht werden. Furnituren dürfen nur zum Selbstkostenpreis an- gekauft werden, ebenso gelieferte Lebensmittel. Die Fabrikanten- kassen, an die auch die Arbeiter Beiträge leisten, sind von den Kantonsregierungen zu überwachen; sie haben die Rechnungen zu prüfen und für Sicherstellung des Vermögens zu sorgen.

Die wichtigste Neuerung ist der Zehnstundentag, an Stelle des Elftundentags, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen der neun an Stelle des Zehnstundentags, an denen nur bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet werden darf. Nach Hause darf Arbeit nicht mitgebracht werden und die Arbeiter dürfen sich außerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit nicht in den Betriebsräumen aufhalten. Die Überarbeit wird auf 80 Tage jährlich und 2 Stunden täglich be- schränkt. Kinder unter 16 Jahren und Hausfrauen dürfen nicht zur Überarbeit verwendet werden. Zu Nacht- und Sonntagsarbeit ist die Zustimmung der Arbeiter erforderlich. Jugendliche bis zu 18 Jahren und Arbeiterinnen sind davon gänzlich ausgeschlossen. Ununterbrochene Betriebe müssen die Nachtstunden nicht einführen. Wegen Verweigerung der Arbeit an tatsächlichen Festtagen darf kein Arbeiter bestraft werden.

An den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen soll den Arbeit- erinnen mit eigenem Hauswesen auf ihren Wunsch der Nachmittag freigegeben werden. Das Minimalalter von 14 Jahren für Kinder, die in Fabriken einreten wollen, ist beibehalten, dagegen den Kindern unter 14 Jahren auch der bloße Aufenthalt in Fabrikräumen untersagt.

Zur Fabrikinspektion sollten nun auch Frauen herangezogen werden, womit endlich die Schweiz dem Ausland nachfolgt.

Nun ist endlich die Schlussbestimmung, daß Eltern und Vor- münder, deren Pflegebefohlene die gesetzwidrige Kinderarbeit mit- machen, dafür ebenso bestraft werden, wie die schuldigen Fabrikanten. —

Aus der von den Fabrikinspektoren dem Entwurf beigegebenen Begründung wird nur auszugeweiht einiges mitgeteilt. Da wird zum Beispiel, daß der Zehnstundentag sich liberal bewährt hat und niemand daran denkt, zum Elftundentag wieder zurückzukehren, weil sich Arbeiter und Unternehmer dabei wohl befinden. Und so haben sich denn auch fast in allen Industrien Stimmen für die Einführung des Zehnstundentags erheben lassen, selbst aus der Baumwoll- industrie. Der Zehnstundentag bildet heute geradezu die Regel, eine Ausnahme davon macht nur die Textilindustrie, die ihren zahl- reichen Frauen und Kindern immer noch den langen Elftundentag zumutet. Von den fremden Industrieländern ist es einzig noch Italien, das den Zwölftundentag hat, allein auch hier dürfte das Gesetz über die Frauen- und Kinderarbeit eine allgemeine Verminderung der Arbeitszeit zur Folge haben.

So ungenügend der vorliegende Gesetzentwurf noch ist, manchen Fabrikanten wird er doch noch zu weit gehen. Die vorgeschlagenen Neuerungen bedeuten indes keine Schädigung der Industrie, wird durch sie doch zum großen Teil nur das gesetzlich sanktioniert, was tatsächlich bereits geworden ist. Insofern die Arbeiterschaft damit unzufrieden ist, und sie hat Grund dazu, wird es Sache einer großen Agitation und der Arbeitervertreter im Nationalrat sein, ihre weitergehenden Forderungen durchzusetzen. Das neue revidierte Fabrikgesetz sollte die Schweiz wieder an die Spitze der Länder mit Arbeiterschutzgesetzgebung stellen, wie es das Fabrik- gesetz von 1877 getan, zum Nutzen der Arbeiterschaft, zur Ehre des Landes.

**Ein schwer Verdächtigter.**

Genosse Bömelburg, Vorsitzender des Maurer-Verbandes und seit 1903 auch sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Dorf- mund-Hörde, hat wegen seines auf dem letzten Gewerkschaftskongress gehaltenen Referats über den Generalstreik schwere Vorwürfe über sich ergehen lassen müssen. Langjährige, vorwurfsfreie Tätig- keit im Dienste der Arbeiterbewegung haben ihn nicht davor ge- schützt, daß man aus seinen Ausführungen einzelne Sätze herausriß und kritisierte, obwohl sie im Zusammenhang mit dem, was Genosse Bömelburg sonst noch sagte, einen ganz anderen Sinn hatten, als man ihnen unterthob. Eigentlich sollte man es für ausgeschlossen halten müssen, daß eine solche Strömung gegen einen so bewährten Genossen entstehen konnte. Leider hat sich während der letzten Zeit in der Arbeiterbewegung ja noch verschiedenes andere ereignet, was man vornehm auch nicht für möglich gehalten hätte.

Genosse Bömelburg sah sich nun veranlaßt, am 14. November zu Leipzig in einer auch von anderen Personen stark beachteten öffent- lichen Maurerverammlung über das Thema „Partei und Gewerk- schaften unter besonderer Berücksichtigung des politischen Massenstreiks“ zu sprechen und dabei auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzukommen.

Nach den uns vorliegenden Zeitungsberichten beklagte Bömel- burg sich zunächst darüber, daß er des Kongresses wegen so viele persönliche Angriffe habe über sich ergehen lassen müssen; hierin zum Teil habe der Grund gelegen, warum er bis jetzt geschwiegen habe. Die Möglichkeit zu reden hätte ihm jeden Augenblick offen gestanden; aber er hätte sich zurückgehalten im Interesse der Arbeiterbewegung, die durch persönlich angelegte Diskussionen den schwersten Schaden

erleide. Die Frage, ob er in Köln ein gutes oder schlechtes Referat gehalten habe, müsse er seinen Kritikern überlassen; aber auf den Vorwurf, er habe die „Literaten“ angegriffen, wolle er heute antworten. Er gebe zu, daß er bei seinem Angriff den Fehler gemacht habe, von Literaten ganz allgemein zu sprechen; es sei ihm aber natürlich nicht eingefallen, als er das Wort gebrauchte, an Männer wie Marx, Engels oder Liebknecht zu denken, auch nicht an die Sozialdemokratie und die Parteipresse unserer Partei, namentlich nicht die vielgeplagten Redakteure unserer kleinen Parteiblätter, die er im Auge gehabt, aber den Literaten gegenüber, an die er damals in Köln dachte, könne er auch nicht ein einziges seiner damaligen Worte zurücknehmen, ja, der Verlauf der Diskussion seit Köln habe ihn in seiner damaligen Auffassung noch bestärkt.

Ferner habe man ihm wegen des Ausspruchs: die Gewerkschaften brauchten Ruhe, die heftigsten Vorwürfe gemacht. Daß dieses Wort von dem Mangelbedürfnis nicht so zu verstehen sei, als ob für die Gewerkschaften eine Ruhe im Kampf eintreten müsse, hätte man bei ihm, dem Leiter einer Organisation, die wie kaum eine nach wie vor den Kampfscharakter in den Vordergrund stelle, eigentlich ohne weiteres voraussehen sollen. Was er mit dem Ruhebedürfnis gemeint habe, das läge in seinen damaligen Worten: Man dürfe den Gewerkschaften nicht immer mit Fragen und Dingen dazwischen kommen, die nur geeignet seien, ihre ruhige Entwicklung zu stören.

Das größte Mißverständnis aber sei es, wenn man behauptet habe, er habe eine Diskussion über den politischen Massenstreik unterbinden wollen. Einerseits sage hiervon keine Resolution kein Wort, andererseits habe er in der Begründung zur Resolution die Diskussion der Frage ausdrücklich für zulässig erklärt und nur die Festlegung auf den Massenstreik als eine neue Taktik verworfen.

Zur Frage des politischen Massenstreiks selbst, meinte Vömelburg, sind Beschlüsse irgend welcher Art jetzt nicht mehr möglich; hier habe der Kölner Kongreß und der Jenaer Parteitag bereits die Stellungnahme entschieden und festgelegt. Zwischen der Kölner und der Jenaer Resolution bestehe trotz des verschiedenen Wortlauts ein sachlicher Unterschied im wesentlichen nicht; beide Resolutionen erkennen die Möglichkeit des politischen Massenstreiks als taktisches Mittel der Abwehr und des Angriffs unter gegebenen Umständen an; nur halte es die Kölner Resolution für unnötig, das dies ausdrücklich erklärt werden müsse. Wäre man in Jena vor Köln zusammengekommen, dann wären in Jena auch nicht andere Worte gesprochen worden als in Köln; aber Bebel habe sich in der Rolle des Ausgleichenden befunden und nach dem an Köln ankündigenden Erörterungen habe er auch denen Rechnung tragen müssen, die vom Parteitag eine ausdrückliche Erklärung für den politischen Massenstreik erwarteten. Der eigentliche Grund, warum man die Kölner Beschlüsse so scharf angegriffen habe, liege eben darin, daß der Gewerkschaftskongreß dem Parteitag gewissermaßen zuvorgekommen sei in einer Frage, die nach der Ansicht vieler allein vor das Forum der Partei gehört hätte. Es gäbe eben immer noch eine Richtung in der Partei, die den Gewerkschaften mißträuisch gegenüberstehe, die in ihnen eine Gefahr für die Partei erblickte: sie müßten zwar, durch die Verhältnisse gezwungen, die Gewerkschaften als ein „notwendiges Übel“ anerkennen, aber diese sollten eben deshalb stets am Gängelbändchen und unter der Aufsicht der Partei bleiben. Solche Ansichten seien wohl aus der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften zu erklären, aber heute seien sie veraltet. Partei und Gewerkschaften sind eins, das sage er heute mehr denn je, sie sind eins nicht in ihrer Organisation und ihrem Programm, aber in der Erkenntnis des Klassenkampfes und in der unumwundenen Überzeugung, daß die endgültige Befreiung der Arbeiter nur durch die Verknüpfung des privaten in kollektives Kapital möglich sei. Durch die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit werden die Klassenverhältnisse nicht verwischt oder vermindert, im Gegenteil sie werden verschärft und vertieft; er behauptet, daß sogar die Zersplitterung, nach seinen Beobachtungen, daß überhaupt jeder Erfolg der Gewerkschaften aus den großen Kämpfen der Zukunft immer näher bringe. Partei und Gewerkschaften seien eins; aber weil sie eins seien, deshalb müßten sie auch gleichberechtigt sein, und seine große Entscheidung dürfte fallen, ohne daß vorher Generalkonvention und Parteivorstand sich verständigt haben. Dann werden Erscheinungen wie nach Köln vermieden werden, beide Faktoren der deutschen Arbeiterbewegung werden, sich gegenseitig nützend und ergänzend, wachsen und stark werden, und wenn sie das werden, dann werde auch der politische Massenstreik im geeigneten Moment, das heißt bei vorhandener Stimmung und Begeisterung, eine treffliche Waffe im Befreiungskampf der Arbeiterbewegung sein!

„Streng vertraulich.“

Aus der Druckstraße des „Reichs deutscher Maschinenbauarbeiter“, aus der wir in voriger Nummer den Abschnitt über Arbeitszeit abgedruckt haben, veröffentlichen wir nachstehend das Ergebnis der „Handfrage“ über die Arbeiterauschüsse. Befragt wurden 155 Firmen, 11 worten lautlos 98 ein. 56 Firmen beantworteten die Frage nach dem Befehl eines Arbeiterauschusses mit Ja, 40 mit Nein, zwei ließen die Frage unbeantwortet. Die wichtigste Frage war: „Was halten Sie von Arbeiterauschüssen aus, allgemein?“ Diese Frage wurde von 55 Firmen geantwortet, von 27 ungenügend beantwortet, 15 antworteten nicht darauf. Die Antworten zeigen deutlich, zu welchen Zwecken die Arbeiterauschüsse den Unternehmen dienen sollen und wozu sie sich weder auch vielfach noch mißbrauchen lassen. Jeder Arbeiterauschuss ist eher schädlich als nützlich, wenn er nicht seine Aufgabe darin erblickt, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Dazu sind sie am besten dann imstande, wenn hinter ihnen eine starke gewerkschaftliche Organisation, ein gut ausgebildetes Betriebsmanagement des betreffenden Betriebs steht. Die Antworten zeigen erkennen, welche Abneigung die Unternehmer gegen die Organisationen der Arbeiter haben — ein ruhiger Grund mehr, diese immer härter und widerstandsfähiger zu machen. Man könnte bei vielen der Antworten sogar glauben, sie seien von den Räumern der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung diktiert, jedenfalls sind sie über die Haupt der Köpfe von Schatzungsblättern. Es wäre nun gewiß sehr interessant und lehrreich, wenn diejenigen unserer Kollegen, die über die Wirksamkeit der Arbeiterauschüsse praktische Erfahrungen besitzen, sie in der Metallarbeiter-Zeitung zum besten geben würden. — Sie lassen sich die Antworten mit den Schlussbemerkungen der Herausgeber der Druckstraße folgen:

- 1. Wir halten die Arbeiterauschüsse für gänzlich ungeeignet zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; solche Arbeiterauschüsse im allgemeinen Sinn werden stets einseitig sozialistische Forderungen vertreten, und wir möchten behaupten, daß derartige Ausschüsse, welcher bisher das Wohl und Wehe seiner Arbeiter angeht, aus dem Augenblick, als der Betriebsbesitzer einen Betrieb in Schach zu bringen bereit war, sich hierzu nur sehr schwer entschließen wird, wenn ein Ausbruch mit berechtigten Forderungen er im Voraus. Als mindestens äquivalentes Maß der Arbeitgeber dafür das Recht für sich beansprucht, die Hälfte der Ausschüsseglieder selbst zu wählen und das weitere zu bestimmen, das im Laufe der Jahre lang Jahre bei ihm tätig sind, überhaupt zur Verfügung gestellt werden dürfen.
- 2. Wir halten Arbeiterauschüsse von Wert, so lange solche unabhängig von beiden Interessen und Interessen be-

einflussungen bleiben; denn eine gegenseitige Aussprache hat immer Wert; man lernt sich persönlich besser kennen und die Arbeiter bekommen vor allem auch bessere Einsicht in die Gründe mancher Einrichtungen und Entscheidungen.“

3. „Ich kann mich nicht dazu verstehen, eine derartige Einrichtung zu schaffen, welche den direkten Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu pflegen berufen sein soll; es würde zu befürchten sein, daß eine derartige Vermittlungsstelle sich zu einer kontrollierenden Instanz, ausbildet und daß sie als solche Fragen und Forderungen und Anregungen konstruiert, an die vernünftigerweise heute niemand denkt. In meinem Betrieb, wo ich der einzige Inhaber und Leiter bin, kann ich mir keine andere, jedenfalls keine zweckmäßigere Betriebsweise denken, als die seit langen Jahren des Bestehens gebräuchliche und bewährte, nämlich den direkten Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vermittlung der bescheidenen Vertreter und Beamten, nämlich der Betriebsleiter, der Meister und der Vorarbeiter.“

4. „Wir halten Arbeiterauschüsse zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für sehr wohl geeignet. In unserem Werk werden in den Ausschüssen aus jeder einzelnen Werkstatt Vertreter gewählt. Die Wahlhandlung selbst kann öffentlich oder geheim gehalten und hat sich die Verwaltung bisher in diese in keiner Richtung hineingemischt. Die Zusammenkunft unserer Meilen hat wenig Änderungen erfahren. Der Vorsitz verblieb zum Beispiel 12 Jahre lang in der Hand eines Mannes und derselbe trat, durch das Alter gezwungen, freiwillig davon zurück.“

5. „Wir halten von Arbeiterauschüssen, daß sie in kleineren und mittleren Betrieben erwerbslos sind, für große Betriebe dagegen, zweckmäßig in Anwendung, ein annehmbares Mittel bilden, zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die notwendige Fühlung zu unterhalten.“

6. „Wenn dieselben freiwillig und nicht von Behörden oder Arbeitern aufgezwungen werden, halten wir dieselben für beide Teile für nützlich.“

7. „Wo die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gute sind, hat man keine Arbeiterauschüsse nötig. In anderen Fällen können Arbeiterauschüsse, die sich nicht zu launigen, Gutes wirken, wenn durchweg besonnene und tüchtige Elemente in dieselbe gewählt werden. Die Erfahrung lehrt aber, daß aus den Arbeitern meistens nicht die ruhigen und besonnenen älteren Leute als Erwählte hervorgehen, sondern die weniger friedfertigen jüngeren Arbeiter, welche sich vordrängen und zuletzt über ein gutes Mundwerk verfügen. Viele als Arbeiterauschüsse können aber großen Schaden stiften, wo es mehr als ihr Ehrgeiz sie meistens verführt, namentlich ihren Wählern zu zeigen, daß sie etwas leisten können. Da es denn bald ein Konflikt geschaffen und wenn der Arbeitgeber des lieben Friedens halber nachgibt, so hat man schon wieder neue Forderungen und Ansprüche, und es ist gar nicht möglich, die Ausschüsse zufrieden zu stellen. Ein solches Nachgeben und Zurückweichen vor den Forderungen eines solchen Ausschusses würde aber die Produktionskraft und die Wettbewerbsfähigkeit schwer bedrohen. In der Theorie kann man sich recht für Arbeiterauschüsse erwärmen, nach unseren praktischen langjährigen Erfahrungen würden wir solche aber, ohne dazu gezwungen zu sein, nicht einrichten. Wir haben keine Ausschüsse und wissen mit anderer Arbeit gut aus, das würde aber sicher nicht mehr der Fall sein, nachdem wir die Ausschüsse hätten.“

8. „Ich denke, daß Ausschüsse ein gutes Mittel abgeben, um mit der Arbeiterschaft in freundlicher Fühlung zu bleiben. Nicht die Forderung von nicht allgemein wichtiger Bedeutung lassen sich leicht erledigen, während bei Einseitigkeit, wegen der Mangelhaftigkeit der Arbeiter direkt und in offener Sprache zu Kenntnis der Mängel gelangen und diesen einen klaren Untergrund zur Beratung unter sich geben.“

9. „Die Wirkung wird in den verschiedenen Gegenden auch nach der allgemeinen politischen Bildung des Arbeiters sehr verschieden sein. Die Stellung der Arbeitgeber in sozialdemokratischen oder wenigstens sozialdemokratischen Betrieben in solchen Ausmaßen gegenüber ist nicht leicht, weil die Arbeiter durch die Wahlereien und Berechnungen ihrer Preise, selbst unter jedem Vorwand, den sie haben oder erziehen oder der ihnen freiwillig entgegenkommt, Hintergedanken vermuten. Die Ausschüsse sind deshalb vorbereitend aufzutragen, wenn sehr am Platze, vielleicht durch unsere Partei. Im übrigen haben wir die Meinung gemacht, daß die Arbeiter, je mehr ihnen gewährt wird, immer mehr fordern, und daß über ein bestimmtes Maß nicht hinausgegangen werden darf. Es würde sich daher empfehlen, zu tun auf der ganzen Linie einseitig vorzugehen würde und man sich über das, was zugebilligt werden könnte, einigen würde.“

Man wird sich auf die Dauer den Behauptungen der Arbeiter, die auf Schaffung von Arbeiterauschüssen gerichtet sind, nicht widerlegen können und dies im Auge fassend, ist es empfehlenswert, daß die Arbeitgeber vortätig und in gegenseitiger Absichtmachung in dieser Sache Stellung nehmen beziehungsweise ihren Standpunkt präzisieren, unter welchen Voraussetzungen sie die Bildung von Arbeiterauschüssen gutheißen.“

10. „In Frieden sind sie für keine Fragen des Betriebs nicht ohne Nutzen. Bei Kriegsgefahr und im „höligen“ Streik und Boykott, aber haben sie keinen Einfluss, dann entscheidet die Organisation, die Parteileitung.“

11. „Wir möchten diese Frage nicht ganz allgemein beantworten, da sie sehr wesentlich mit dem sozialen und geistigen Niveau der Arbeiterschaft zusammenhängt, die in den verschiedenen Gegenden und Industrieen große Verschiedenheiten aufweist. Wir können und wollen nicht denken, daß Arbeiterauschüsse geeignet sein können, zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen, wenn es möglich ist und angeht, aus diesen Arbeiterauschüssen alle radikalen, sozialistisch veranlagten und sich politisch und moralisch zu sehr vordringenden Elementen fernzujubeln.“

12. „Wir sind der Ansicht, daß obligatorische Arbeiterauschüsse das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht allein nicht verbessern, sondern sogar verschlechtern werden. In einer derartigen Institution einmal voraussetzt, dann werden sie auch die unbedeutendsten Sachen aufzubauen, zugetragen und es wird ihr Erfolg nicht lange dauern, bis die Sozialdemokratie auf dieselben den größten Einfluß hat und darin dominiert. Es ist fogar anzunehmen, daß die Arbeiter, soweit ihnen dieses möglich ist, vornehmlich nur Sozialdemokraten in die Arbeiterauschüsse wählen werden, in der Annahme, daß die größten Schäden ihre Kräfte am besten vertreten würden. Soweit sich unter Arbeitern der Zutritt bis zur obersten Verwaltung mit, durch einen Ausbruch würde jedoch eine Zwischenstellung errichtet und die direkte Fühlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber verloren gehen. Unsere Arbeiter besitzen bereits in dem Vorstand der Betriebsräte, welcher zu weit Drittel vor ihnen gewählt wird, eine durchaus geeignete Vertretung zur Abklärung von etwaigen Anfragen und Wünschen und es wird davon Gebrauch gemacht.“

13. „Wir sind der Meinung, daß Arbeiterauschüsse nicht nur ungeeignet sind zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern im Gegenteil eine Verschlechterung in diesem Verhältnis hervorzurufen werden. Sie werden in der Hauptsache dazu dienen, die verschiedenen Arbeiterorganisationen mehr oder weniger zu härten, und durch ihren Einfluß sehr bald die noch nicht organisierten Arbeiter in Verzweiflung zu versetzen haben. Das aber alle diese Organisationen, mögen sie sich Sozialdemokraten oder christliche Sozialisten oder evangelische Arbeitervereine, oder sonstige nennen, das einzig ist, wenn es sich um ein Vorgehen gegen die Arbeitgeber handelt, hat zur Erzielung der letzte Vergewaltigung gezeitigt.“

14. „Bei uns besteht ein Arbeiterauschuss seit etwa 10 Jahren; dieser ist von uns selbst eingesetzt worden und legt sich ans den jeweiligen Beisitzern der Fabrikkrankenkasse zusammen. Der Vorsitz der Arbeiterauschüsse ruht der Krankenkasse, gleichzeitig Mitglied der Fabrikverwaltung der Krankenkasse, welcher gleichzeitig selbstständiger Beisitzer der Krankenkasse ist. Dieser wird durch die Arbeiterauschüsse lediglich Fabrikfragen behandelt. Sachfragen und andere die Fabrik be-

treffende Dinge sind noch niemals Gegenstand der Erörterungen geworden. Da meine Firmainhaber selbst mit den Arbeitern Fühlung haben und derartige Angelegenheiten immer rechtzeitig und bisher so behandelt wurden, daß sie gegenseitig befriedigt, sind besondere selbständige Wünsche aus der Arbeiterschaft nicht aufgetaucht. Nach dem Vorhergesagten sind die Erfahrungen, die ich mit den Arbeiterauschüssen gemacht habe, gewissermaßen einseitig, und da solche lediglich auf die Wohlfahrt der Arbeiter zu achten haben, sind diese auch mit der Tätigkeit der Arbeiterauschüsse bislang immer zufrieden gewesen. Die Firmainhaber selbst haben keine Veranlassung zu Klagen gehabt. Die Sozialdemokratie hat durch die Arbeiterauschüsse in keiner Weise Förderung erfahren. Ich bin der Meinung, daß, wenn wirklich Leute mit sozialdemokratischer Neigung unter der Arbeiterschaft vorhanden sind, dies nur ein sehr geringer Prozentsatz sei, welcher ohne Einfluß auf die Gesamtheit selbst bleibt. Ich halte Arbeiterauschüsse wohl für geeignet zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und werden meiner Meinung nach auch dann befriedigende Resultate erzielen werden, wenn vor allem beide Parteien gleichzeitig ernst und ehrlich bestrbt sind, Zufriedenheit und Frieden zu erhalten. Dabei darf weder die eine noch die andere übersehen, daß das Gesetz, Leistung gleich Gegenleistung, soweit es irgendwoe angängig ist, Beherrschung finden muß. Ein ehrlicher und richtiger Sozialpolitiker wird zugeben, daß dieses Fundamentalgesez leider nur sehr selten von den beiden Parteien gleichmäßig verstanden wird.“

15. „Bei umfangreichen Betrieben können Arbeiterauschüsse zu einer Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wohl beitragen, wenn sie berechtigte Beschwerden der Arbeiter oder Mißstände im Betrieb der Verleitung zur Kenntnis bringen, da es den leitenden Personen wegen Überhäufung mit geschäftlichen Arbeiten nicht immer möglich ist, in wünschenswerter Weise mit den Arbeitern Fühlung zu halten und deren Interessen und Bedürfnisse nach allen Seiten hin zu beachten. Bisweilen werden auch Mißstände, wenn sie einem Verwaltungsbeamten etwa zu einem Vorwurf gereichen, absichtlich verschwiegen, und in allen solchen Fällen kann ein rechtzeitiger Hinweis darauf durch den Arbeiterauschuss dazu beitragen, Unzufriedenheiten unter den Arbeitern hintanzuhalten. Nach den bei uns gemachten Erfahrungen ist der Vorstand einer Betriebskrankenkasse, der von der Generalversammlung gewählt ist, als Arbeiterauschuss wohl geeignet. Die Generalversammlung ist aus Arbeitern aller Betriebe zusammengesetzt, so daß der von ihr gewählte Vorstand auch die Interessen aller Arbeiter wahrzunehmen bestrbt sein wird.“

16. „Unser Arbeiterauschuss hat während der Zeit seiner Existenz dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Fabrikleitung zu verbessern, weil es möglich war, in vielen Fällen Unzufriedenheit, welche unter den Arbeitern ausgebrochen war, durch Einwirkung auf den Arbeiterauschuss zu beseitigen, und weil in vielen Fällen Wünsche, welche die Arbeiter der Fabrikleitung durch ihren Ausschuss unterbreiten haben, zum Teil oder auch ganz erfüllt werden konnten, bevor Unzufriedenheit entstehen beziehungsweise in schädlicher Weise im sich greifen konnte. Auf Grund unserer Erfahrungen halten wir Arbeiterauschüsse, welche wie der unsere organisiert sind, für geeignet, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verbessern.“

17. „Ich halte Arbeiterauschüsse für keineswegs geeignet, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verbessern. Bisher in die Praxis in meinem Werke in Geltung gewesen, daß die „gewählten“ Beschwerden die in einer Werkabteilung beschäftigten Arbeiter sich an ihre Meister beziehungsweise an den Betriebsingenieur wendeten, oder auch an mich direkt, wenn sie glaubten, von ihren direkten Vorgesetzten nicht genügend unterstützt zu werden. Ich habe dann solche Klagen und Beschwerden geprüft, auch für Abklärung gesorgt, wo ich solche begründet fand, und bin bei vielen direkten Verkehren mit den Leuten einer Kategorie sehr gut angekommen. Ich erwarte, dieses bisher gute Verhältnis würde sofort leiden, wenn für die Leute eine quasi offizielle Beschwerdeinstanz geschaffen wird. Noch schwieriger aber denke ich mir die „Angehörigen“. Will man nicht für jede Abteilung einen besonderen Ausschuss einrichten — und das würde natürlich zu weit führen —, so müßte man in den Kauf nehmen, daß bei einer Beschwerde der Arbeiter über selbst nur um kleinsten Teil in Arbeiterauschüssen vertreten mißzuwerden hätten, und daß Maschinenbauer, Schlosser, Schmied, Tischler u. s. w. über ihre Frage mit entscheiden würden, für die sie meines Erachtens gar nicht kompetent sind. Hund heraus, führen meines Erachtens Arbeiterauschüsse bei einem solchen Aufbau nicht zu dem gewünschten Resultat nach schwachen Betriebsunternehmer zu dessen allmählicher Enttätigung und bei einem willenskräftigen und potenten Arbeitgeber in keiner Zeit zum Streit und Kampf. In letzter Linie seien doch die Verhandlungen der Arbeiterauschüsse darauf ab, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der einzelnen Arbeiter nach ihrem Wohlstand zu gestalten und ohne Rücksicht darauf, ob der Betriebsunternehmer dazu beizutragen mit seiner Mittel zu einem kann. In einem Unternehmen der Artigkeit und Arbeiterauschüsse völlig überflüssig. Wenn besondere Einrichtungen nicht oder weniger als anderwärts gefaltet, der hat es ja in der Hand, einen solchen Betrieb zu vertiefen und anderweit Arbeit zu nehmen. Die Einführung obligatorischer Arbeiterauschüsse würde ich für den Schwersten Schlag halten, den die Industrie in den letzten Jahrzehnten erhalten hat.“

18. „Wir halten Arbeiterauschüsse sehr wohl geeignet zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wir müssen aber auch hier wiederholen, daß die Einrichtung solcher Arbeiterauschüsse unter gewissen Arbeitsverhältnissen unendlich nicht bedingungslos ist. Ich möchte es doch betonen, als ob die Einrichtung von Arbeiterauschüssen, ohne daß diese ein Anzeichen von den Arbeitern dazu ausgeht, nur gerades um nichts die Verantwortlichkeit der Arbeiter zu heben, unter, als in dem Namen durch das Erreichte der Arbeiterauschüsse auszuwerten. Das ist sich nicht leicht zusammenstellen und an die sie sich nicht gedacht haben würden.“

19. „Wir halten auf Grund unserer bisherigen Arbeiterauschüsse für außerordentlich geeignet zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber unter einer Bedingung: an seinen nächsten müssen sie die entsprechenden Personen der betreffenden Firma heranziehen. Deshalb dies, es kommt es auf die Zahl der Vertreter der Firma an nicht an. Es genügen wenige, selbst nur ein. Wir haben den Ausschuss veranlaßt, die Gründe stets sorgfältig zu ermitteln und stellen ihn für ein sehr wertvolles, in unerschöpflicher Lage der Verhandlung. Der Sozialdemokratie kann man, besser entgegenge-

arbeitet werden als durch eine Kommission, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiten, und ich kann keine... 20. „Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiterauschüsse, wie sie naturgemäß zusammengefaßt sein werden, das Gegenteil von dem hervorzurufen, wozu sie gedacht sind, das heißt von ein gutes beziehungsweise befriedigendes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, das beide bald untergraben werden. Organisationsgesehen hatten sich alle ruhigen gemäßigten Leute von derartigen Ausschüssen fern, weil sie fürchten, es der einen oder anderen Partei nicht recht zu machen und dadurch unter allen Umständen persönlichen Nachteil zu haben. Tageslang drängen sich sozialistisch veranlagte Elemente naturgemäß vor, und das sind es, die durch die Arbeit der extremen Parteien — Sozialdemokraten, Polen u. s. w. — zugezogen sind. Derartige Elemente werden selbst von dementsprechend gewählt werden, welche weit entfernt davon sind, ihre Ansicht zu äußern oder auch nur zu äußern, nur der einfachsten Übergang heraus, daß der Ausschuss am meisten erreicht, der am meisten faren. Diese Arbeiterauschüsse werden meistens in kürzester Zeit die Unzufriedenheiten wesentlich übersehen und in Fragen der Organisation und Verwaltung mitreden wollen. Wir glauben, daß die Disziplin und die Autorität der Vorgesetzten durch die Arbeiterauschüsse empfindlich gefährdet sind.“

21. „Ein Arbeiterauschuss kann unseres Erachtens nur dann ersprießlich wirken, wenn er nicht nur das Vertrauen der Arbeiter,



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

## Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 26. November der 4. w. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember 1905 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:  
 Den Verwaltungsstellen Oera und Langenberg 25 Pf. für die Dauer der Zeitdauerbeschränkung.  
 Der Verwaltungsstelle Kauf 5 Pf. pro Woche.  
 Der Verwaltungsstelle Prenzlan 10 Pf. pro Monat.  
 Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Angehörigen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8 a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eifterwerda:  
 Der Schlosser Emil Herrmann, geb. am 19. September 1888 zu Friedersdorf, Buch-Nr. 651223;  
 der Schlosser Max Körner, geb. am 11. September 1880 zu Dresden, Buch-Nr. 760449, beide wegen Streifbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oeffen:  
 Der Schlosser Hugo Briege, geb. am 15. Jan. 1877 zu Muskau, Buch-Nr. 793484, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover:  
 Der Feilenhauer Georg Christophers, geb. am 2. Februar 1867 zu Hannover, Buch-Nr. 140239, wegen Streifbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach:  
 Der Aluminiumschläger Johann Schwandner, geb. am 31. Mai 1869 zu Schwabach, Buch-Nr. 446382, wegen Sperrebruch;  
 die Schlosser Marie Schwandner, geb. am 30. März 1869 zu Nürnberg, Buch-Nr. 446388, wegen Handlung gegen das Verbandsinteresse.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen:  
 Der Formner Gustav Bogelen, geb. am 12. September 1884 zu Bennedenslein, Buch-Nr. 376345, wegen Logischwindeln und Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eifterwerda:  
 Der Bohrer Paul Mietzki, geb. am 1. Mai 1876 zu Eifterwerda, Buch-Nr. 672087,  
 der Dreher Willi Lehmann, geb. am 21. Juni 1887 zu Marzdorf, Buch-Nr. 625622, beide wegen Streifbruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.  
 Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Heilbronn:  
 Der Kupferschmied Johann Emmenecker, geb. am 26. Februar 1876 zu Stanz in Österreich, Buch-Nr. 788727, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osterholz-Scharmbeck:  
 Der Formner Paul Winde, geb. am 2. März 1884 zu Sorensdorf, Buch-Nr. 829309 wegen Logischwindeln und Betrug.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Käte-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist.  
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Zur Beachtung.

### Zugang ist fernzuhalten:

- von Formnern, Eisenblechbearbeitern und Kermachern nach Penig (Maschinenfabrik U. G. D.; nach St. Georgen (Eisenblecherei St. Georgen) D.; nach Velbert A.; nach Zeulenroda (Döhler & Mehle) D.);
- von Graveuren nach Stuttgart (Bereinszeichen und Prägenanstalt Schwab, Joh. W. Volk) D.;
- von Schweißern, Drechern, Schleifern und Stanzern nach Oberursel (Thüringer Metallwarenfabrik);
- von Fahrradarbeitern nach Bittau i. S. (Schwaben-Fahrradwerke) D.;
- von Klempnern, Blechballagarbeitern und Arbeiterinnen nach Braunschweig (Anger u. S. & Känge) W.; nach Stuttgart (Gasmeschfabrik Braun & Co.) D.;
- von Klempnern und Tischlern nach Berlin (G. Seeger, Frankfurterstr. 72 und Tischmann, Scharfstr. 5); nach Duisburg (Firma Schmitz) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Saffel, Schweiz, (besonders Maschinenfabrik Saffel); nach Berlin A.; nach Brugg, Kanton Aargau, Schweiz; Maschinenfabrik Müller & Co.; nach Burgstädt b. Schemitz (Stanzwerk Kl. Schemitz) D.; nach Metzberg (Arbeitsgemeinschaft Pul. Blau & Co. D.); nach Oberstein a. R. (Firma H. Hammel) D.; nach Saig (Maschinenfabrik A. G. D.); nach Weiskirchen (Telegraphenbauanstalt von Sreder) D.; nach Rosbach (Gies. Rosbach) D.; nach Solingen; nach St. Blasien, Schweiz; Automechanik A. G. vom Harz (A. G.); nach Thür. Schweiz (Metallwerke Seloe) D.; nach Töpp bei Winterthur (Maschinenfabrik Hietzer & Co.); nach Wetter a. d. R. (Gießfabrik Schöler) W.; nach Wismar (Maschinenfabrik Kahl & Sohn) A.;
- von Arbeitern nach Steffin (Dewerke) D.;
- von Schlägerarbeitern nach Solingen D.;
- von Schlossern nach Eifterwerda (Fahrradwerke) W.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Huber); nach Syrmberg (Reparaturwerkstatt) D.; nach Stuttgart (Kauf- und Schlosserei von Siebler) D.; nach Zürich (Firma Kisten-Amer, Kästen-Schweizer, Schappi-Schweizer und Fünker & Cie., Maschinenfabrik);
- von Schlossbauern nach Graisch b. Leipzig;
- von Bifexlern nach Stuttgart (Haas & Hahn) D.

(Die mit A und B bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die Abrechnung zu vermeiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; D.: Lohnbewegung; A.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; W.: Wappänder; A.: Lohn- oder Afford-Relation; S.: Erziehung einer Fabrikation.)

Der Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anträge in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich nicht nur bei der Unterscheidung, Geschäftsführer oder Besondere des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, solle man sich an den Vorstand wenden.

# Korrespondenzen.

## Formner.

Nachen. In Verviers (Belgien) sind bei der Firma Fonberies Verviers, Societe Anonyme, seit drei Wochen 66 Formner im Streik, weil ihnen für Ausschubarbeit infolge schlechten Materials Abzüge am Verdienst gemacht wurden. Die Firma sucht nun in deutschen Zeitungen Formner. Wir eruchen die Kollegen, nicht darauf einzugehen, da der tägliche Höchstlohn nur 5 Fr. (4 Mk.) beträgt. Die 600 Formner Verviers sind alle im Lokalverein (Syndikat) organisiert. Die in Arbeit stehenden Formner zahlen an jedem Sonntag 5 Fr. Extrabeitrag. Die Unterführung der Streifenden, die pro Mann täglich 2.50 Fr. beträgt, ist für einige Monate gesichert. Wir hoffen, daß kein organisierter deutscher Kollege auf die Verlockungen der Firma hereinfallen wird. — Der ultramontane Nachener Volksfreund bringt fortgesetzt schon in der dritten Woche Streifannoncen, obwohl er durch die Rheinische Zeitung weiß, daß bei der Firma in Verviers gestreikt wird! Uns wundert das nicht mehr; bringt der Volksfreund doch bei jedem Streik, auch wenn christliche Arbeiter im Streik stehen, Streifbrechergerichte. Wie lange noch werden sich die christlichen Arbeiter die Süßtritte ihres Leiborgans gefallen lassen?

Duabrit. Ein Streik der Formner in der Maschinenfabrik S. R. Drmann steht hier bevor. Wegen Maßregelung zweier Kollegen haben am 15. November fünfliche 40 Formner einmütig die Kündigung eingereicht. Die Formner sind ohne Ausnahme organisiert; 32 gehören dem deutschen und 8 dem christlichen Metallarbeiter-Verband an. Verhandlungen, die von den Organisationsvertretern in die Wege geleitet wurden, blieben erfolglos, da der Inhaber der Firma, Herr Ingenieur Hansen, mit den Vertretern der Verbände nichts zu tun haben wollte. Da er jedoch angab, für „seine Leute“ stets zu sprechen zu sein, wurde eine Kommission mit der Überreichung der schriftlich fixierten Forderungen, die neben der Wiedereinstellung des einen der Gemäßigten darauf hinausliefen, daß künftige Maßregelungen nicht wieder vorkommen dürften, und außerdem eine Regelung der Lohnzahlung vorgenommen wird, beauftragt. Da jedoch die Zurücknahme der Maßregelung nicht zugestanden wurde und auch bei den übrigen Streifenden keine Zugeständnisse gemacht wurden, beschloß eine am letzten Dienstag abgehaltene Versammlung einmütig, am Mittwoch die Kündigung einzureichen. Im Laufe dieses Sommers gelang es zwei Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes, Herrn Hansen im Wege der Verhandlungen zu bewegen, die Wiedereinstellung der streikenden Mitarbeiter zuzusichern. Bei diesen Verhandlungen hat er den charakteristischen Anspruch getan, daß er allerdings jetzt Amboß sei, daß er aber auch noch mal wieder Hammer zu werden gedente. Herr Hansen scheint sich demnach wohl als Hammer zu fühlen, er möge aber versichert sein, daß seine Formner, die jahrelang Amboß in seiner Werkstatt gewesen sind, nicht geneigt sind, sich so leichter Hand wieder in ihre frühere unwürdige Stellung zurückdrängen zu lassen. Die Organisation ist stark genug, um den Kampf mit Herrn Hansen wagen zu können und er wird sich wohl oder übel doch beugen müssen, die Organisationsleiter als die Vertreter seiner Arbeiter anzuerkennen. Die Firma Drmann läßt im hiesigen Tageblatt mitteilen, „daß infolge der Kündigung der Formner in etwa vierzehn Tagen eine Betriebswiederherstellung um etwa zwei Drittel eintreten wird, die indessen nicht von langer Dauer sein dürfte, da für Ersatz Sorge getragen wird.“ Hier ist auch der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Drmann sind aber nicht gerade so verlockend, daß sich die Formner danach reißen werden, dort in Arbeit zu treten. Siehe Formner tun dies nicht und auswärts ist man erst recht bessere Verhältnisse und vor allem angemessene Behandlung durch den Firmeninhaber gewohnt. Also, wenn Herr Hansen den Satz wagen will, die Organisation ist bereit. — Im Anschluß hieran sei noch mitgeteilt, daß die Firma Drmann an drei in der Schlosserei beschäftigte Organisierte das Ansehen teilte. Schriftlich den Lokaltrot aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu erklären, andernfalls ihnen am 1. Dezember gekündigt würde. Der Zusatz von Formnern, Drechern und Schlossern ist nach hier fernzuhalten.

St. Georgen (bad. Schwarzwald). Die Formner und Kermacher der Eisenblecherei von Volke-Hedensjos & Cie. haben gekündigt, und soweit sie nicht im Kündigungsverhältnis stehen, sind sie auch abgereist. Die dortigen Zustände, wie sie in dieser Nummer bereits berichtet wurden, sind ebenmäßig weiter zu arbeiten. Die Firma sucht nun überall „Kermeister“ unter den streikenden Vertriebsmannen. Damit aber kein Kollege von den verlockenden Angeboten der Firma verleitet wird, wollen wir die dortigen Verhältnisse etwas näher schildern. Die Firma besteht seit zwei Jahren. Lohnangeboten sind sechs Prinzipale, bei einem durchschnittlichen Arbeiterstand von 5 Formnern, 1 Kermacher und 3 Tagelöhner. Von den sechs Prinzipalen ist ein einziger Formner, die anderen waren früher, bevor sie „Kermeister“ wurden, Dreher, Schlosser und Tagelöhner. Wahrscheinlich ist diese künstliche Zusammenlegung auch der Grund für die enervierte Behandlung im Schwarzwald, sowie für die aller Bestärkung haltende Behandlung der Arbeiter, als sie versuchten, durch gütliche Verhandlungen die Differenzen beizulegen. Die Firma versuchte seit vier Wochen unausgesetzt die Preise heruntersubstruieren, so daß Kollegen, die früher 5 Mk. verdienten, bei angestrebter Arbeit kaum mehr 3 bis 3.50 Mk. verdienen konnten. Der Formnermeister wurde abgesetzt, da er zu hohe Preise bezahlte. Den Kollegen, die verteidigt wurden und um Wiedereinstellung der alten Preise eruchten, wurde bedeutet: „Wen es nicht paßt, der kann gehen, wir lernen uns einfach Tagelöhner an.“ Ein Kollege, der sich vor einiger Zeit dem Fuß verbrannte und sieben Wochen krank war, wurde bei einer Reklamation bedeutet: „er habe ja noch nicht einmal sein Krankenlohn verdient.“ Die Firma wüste nämlich pro Tag 35 Pf. Unfallgeld bezahlen! Gemäß dem arbeiterfreundlichen! Die Methode gibt jetzt ein früherer Tagelöhner aus, der auch die Preise macht. Von welcher Art diese sind, davon läßt die Verwaltung nichts in Licht schliessen. Da die Firma nun von ihrem Heranzugspunkt absolut nicht abging, sondern immer wieder erklärte, wenn es nicht paßt, der kann gehen, und da die Kollegen doch auch nicht Zuk hatten, für sechs Prinzipale zu kämpfen und dabei zu kämpfen und nicht das Salz für die Suppe zu verdienen, so zogen sie es vor, zu gehen. Mag die Firma Tagelöhner salzen oder die Herren Prinzipale, die seit vier Wochen Lohnrecht im Formner nehmen, mögen selbst sehen, wie sie fertig werden, die Kollegen wird es kalt lassen. Nur eruchen die alle Formner und Kermacher, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband über den Betrieb verhängte Sperre zu beachten und auf die „verlockenden“ Angebote der Firma nicht hereinzufallen.

## Metallarbeiter.

Portmund. Die Kollegen werden sich nach der Vorgänge beim Streik der hiesigen Kesselschmiede erinnern. Es resultierte daraus auch ein Prozess, aus dem wir folgendes Urteil zu veröffentlichen in der Lage sind: In der Privatklage des Geschäftsführers A. Großklaus von hier, Privatkläger, gegen 1. den Bohrer August Braun von hier, 2. den Meißler Karl Teichler von Düsselberg, Angeklagte wegen Verleumdung, hat das königliche Schöffengericht in Dortmund in der Sitzung vom 19. September 1905, an welcher teilgenommen haben Amtsrat Obermann als Vorsitzender, Kaufmann Nordhoff, Steiger Feder als Schöffen, Jurisprudenter Hobbe als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Die Angeklagten Braun und Teichler werden wegen Verleumdung in eine Geldstrafe von je dreißig Mark, an deren Stelle im Ausbleibungsfall für je fünf Mark ein Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Privatkläger ist der Verleumdung des Widerklägers Braun schuldig, wird jedoch für straflos erklärt. Von der gegen ihn erhobenen Widerklage des Teichler wird er freigesprochen. Gründe. Der Kläger ist Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Angeklagten sind Mitglieder des Deutschen

Gewerkschaftsvereins (Hirsch-Dumreicher Richtung). Der Angeklagte Teichler hat an den Geschäftsführer der Deutschen Gewerkschaften folgenden Brief geschrieben: „Düsseldorf-Vierfeld, 11. 6. 05. Herr Teichler, Bezirksleiter des Gewerkschaftsvereins Dortmund. Heute Vormittag bekam ich, für Dortmund bezogen, betr. Kesselschmiedebewegung, begnügt: Ein Wort zur Aufklärung u. f. w. zu Gesicht und muß ich Ihnen in allen Zeilen zustimmen, besonders betr. diese Flegel-Großklaus der es, wie ich aus Ihrem Flugblatt ersehe, richtig fertig gebracht hat, die Kesselschmiede zu verum. Berufe durch seine rüpelhärigen Verhalten auseinander zu führen. Man sollte solche arbeitsscheuen, zu jeglicher geistigen Arbeit absolut unfähigen Potenzenjäger, welche wegen Bummeln vom Arbeitgeber entlassen worden sind und sich dann der Gewerkschaft als gemahregelte zur Verfügung stellen, zum Teufel jagen. Es ist ja eine alte Geschichte, daß wenn derartige Hohlköpfe, Arbeiterführer, werden dieselben ihre Unfähigkeit und Dummheit unter Bombast der Flegelhaftigkeit aufzutreten zu verbergen suchen und sind solche Elemente nicht nur die gefährlichsten Feinde der Arbeiterbewegung, sondern auch die gefährlichsten Feinde der einzelnen Arbeiter, welche in ihrem guten Glauben diesen Führer unbedingt vertrauen, obgleich dieser weiß, daß er gar nicht befähigt ist die Leitung auch nur von 2 Personen zu übernehmen und so gewissenlos nur Unglück über die Armen, Schafe (Arbeiter) bringt, aber in weiser Vorsicht schon bei Zeiten einen Verfallenden sucht, welcher nach beendeter Führung dafür büßen soll und wird und wird er augenscheinlich bei diesem Streik auf Ihre Person abgesehen sein und es ist leider immer noch wahr, daß die bekannte Sorte nicht alle wird und zeichnen Hochachtend Teichler, früher Vorsitzender bei Schwarz in Bradel, NB. Ich gefasste Ihnen, den weitgehenden Gebrauch zu diesem Schreiben zu machen. D. O.“ Diesen Brief hat der Angeklagte Braun am 18. Mai 1905 in einer Versammlung bei dem Räte-Gillinghoff, hier, vorgelesen. Die Parteien haben sich schon seit längerer Zeit wegen ihrer Stellung zum Streik der Kesselschmiede bekämpft. In einer am 2. Oktober 1904 in der Restauration Germania gehaltenen Versammlung sind Teichler und Großklaus zusammengekommen. Nach der Darstellung des Teichler hat Großklaus in dieser Versammlung erklärt: „Teichler ist gerade derjenige gewesen, der die Arbeiter unter den Arbeitern in Dortmund zu begründen suchte, die ihm unterstellten Arbeiter stets mißhandelt und in jeder Weise sich als ein rechter Unterdrücker der Arbeiter bemerkbar machte.“ Großklaus hingegen stellt die Sache so dar, daß Teichler in der fraglichen Versammlung die Verhältnisse in den Kesselschmieden seiner Ansicht nach viel zu günstig für die Arbeiter dargestellt habe, so daß er sich für verpflichtet gehalten habe, Teichler darauf aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß demselben doch auch Fälle von Arbeitermißhandlungen bekannt seien. Durch die letztere Bemerkung habe er andeuten wollen, daß Teichler wegen Mißhandlung eines Vorlägers vorbestraft sei. Teichler, der bei seiner persönlichen Vernehmung sich als unvorbestraft bezeichnet hatte, hat auf Vorhalt zugeben müssen, daß er allerdings wegen Mißhandlung eines Vorlägers vorbestraft sei. In einer späteren Versammlung, die in dem Lokal von Meier-Gert stattgefunden hat, sind der Angeklagte Braun und der Gewerkschaftssekretär Lange gegen den Privatkläger aufgetreten. Großklaus gibt nun an, er sei von den beiden heftig angegriffen worden, er habe jedoch, da die Angriffe gegen Ende der Versammlung erfolgt seien, nicht die Zeit gehabt zu einer eingehenden, sachlichen Widerlegung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Auf diesen Umstand habe er hingewiesen und als Schlussbemerkung hinzugefügt, alles, was gegen ihn vorgebracht sei, seien Lügen. Der Angeklagte Braun hat dagegen behauptet, Kläger habe ihn und Lange als große Lügner bezeichnet. In einer weiteren Versammlung, die am 18. Mai 1905 in der Wirtschaft Gillinghoff stattgefunden hat, ist es wiederum zu einem Zusammenstoß zwischen Großklaus und Braun gekommen. Nach der Darstellung des Angeklagten Braun ist in dieser Versammlung das Verhalten des Klägers bei dem Streik der Kesselschmiede von einem Redner des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der auffallendsten Weise gelobt worden. Hierüber will sich der Angeklagte Braun zu der Erklärung veranlaßt gesehen haben, daß die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins anders über den Privatkläger dächten, wie ein an den Parteisekretär Lange gerichtetes Schreiben beweise. Angeklagter Braun habe dann den Brief des Teichler zur Verlesung gebracht, aber ausdrücklich bemerkt, daß er den Kläger nicht beleidigen wolle und den Brief nur als zur Sache gehörend verlesen wolle. Durch die eithliche Aussage des Zeugen Strahlendorf ist jedoch festgestellt, daß Angeklagter Braun nach Verlesung des Briefes auf Großklaus hingedeutet hat mit den Worten: „Da ist der Flegel.“ Durch die allerdings unethische Aussage des Zeugen Lange, dem das Gericht den Glauben nicht verleiht hat, ist festgestellt, daß Großklaus in der Versammlung bei Meier-Gert den Angeklagten Braun einen großen Lügner genannt hat. Über die Vorgänge in der Restauration Germania hat eine Beweisaufnahme nicht stattfinden können, da der eine zu diesem Punkte geladene Zeuge Teichler trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen war, während der zweite hierzu benannte Zeuge Kragat in der Versammlung nicht zugegen gewesen war. Das Gericht ist nun der Ansicht gewesen, daß die Vernehmung der beiden vom Angeklagten Teichler vorgeschlagenen Zeugen ein klares Bild von den Vorgängen nicht ergeben würde, da es sich um Verleumdungen in einer privaten Versammlung handelt, die schon fast ein Jahr zurückliegt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Zeugen nach so langer Zeit noch imstande sind, die in der Versammlung gehaltenen Reden im Zusammenhang wiederzugeben, so daß erkennbar wird, ob die von Großklaus oder die von Teichler gegebene Darstellung mehr der Wahrheit entspricht. Es bedarf seiner Erörterung, daß der Angeklagte Teichler durch die Abfassung des inkriminierten Briefes am 11. Mai 1905, der Angeklagte Braun durch Verlesung desselben in der Versammlung der Verleumdung sich schuldig gemacht haben. Obenwienig kann es zweifelhaft sein, daß Großklaus dadurch, daß er den Braun einen großen Lügner nannte, der Verleumdung sich schuldig gemacht hat. Wegen Vergehens gegen § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs hat das Gericht gegen die Angeklagten eine Geldstrafe von je 30 Mk. festgesetzt. In Anwendung des § 199 des Reichsstrafgesetzbuchs ist der Widerkläger Großklaus für straflos erklärt. Hätte das Gericht wegen Verleumdung des Braun gegen Großklaus auf Strafe erkannt, so würde auch die Strafe gegen Braun entsprechend höher bemessen werden müssen. Die Widerklage des Teichler ist wegen Mangel an Beweis zurückgewiesen. Die Kostenentscheidung ruht nun auf § 500 der Strafprozessordnung. Obermann, Ausgefertigt Dortmund, den 23. September 1905. Königlich preussisches Amtsgericht Dortmund. (Name unterfertig.) Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichtes.

Mainz. Zugang von Schleifern, Nähmaschinen- und Fahrradarbeitern nach dem Opelwerk in Rüsselsheim ist fernzuhalten! Der Mangel streikter Stundenlöhne, sehr schwankender Verdienste, Gümmlingswirtschaft, gesundheitschädliche Zustände im Betrieb und schmerzliche Behandlung veranlassen die Schleifer, ihre Wünsche in einem Tarif der Firma Opel zu unterbreiten. Einer Antwort wurden sie aber nicht gewürdigt. Verhandlungen schlugen fehl, die nächste Stunde wurden drei bewährte Kollegen entlassen. Die Kündigung von 67 Schleifern ist eingereicht, diese läuft am 2. Dezember ab.

Solingen. Die Fortsetzung der Kämpfe im hiesigen Industriegebiet zeigt täglich neue und schwere Stützen. Statt nun die Gegenkräfte zwischen lokalen und zentralen Organisationen überbrücken zu helfen, gibt sich die hiesige Bergische Arbeiterstimme, das Organ der Sozialdemokratie, dazu her, diese beiden Richtungen mehr und mehr gegen einander zu verhetzen, anstatt wie es sein müßte, gegen die Unternehmern Front zu machen. Den beiden Redaktoren des Blattes neigt die Haltung des Metallarbeiter-Verbandes nicht. Sie gehen her und verlangen nichts und nichts weniger, als daß die Metallarbeiter tun sollen, wofür sie von diesen Herren kommandiert werden. Die Situation ist hier so ihar geworden, daß man, jeder besseren Gemüths hat, die Lokalorganisation als die beste Form der gewerkschaftlichen Organisationen hinstellt, obwohl man weiß, daß der größte Teil dieser Organisationen überhaupt keinen inneren Zusammenhalt mehr hat. Zur Rettung aus dem Schiffsbruch wird nun von der Arbeiterstimme der Plan befürwortet, einen Fabrikantenverband auf lokaler Grundlage zu errichten. Doch das

Ist noch nicht alles. Jeder der Metallarbeiter kennt den Kammel gegen die Firma Hammesfahr. Schlämmer jedoch als Hammesfahr handelt die Firma M. Henke, davon hört man aber nichts. Ob die Firma Henke die Organisation erlaubt oder verbietet, ob die dort arbeitenden Leute zu Dankschreibern herangebildet werden oder nicht, da rührt sich hier keine Feder. Jetzt nun, bei der Erweiterung des Kampfes im Schlämmerberuf, wo die Unternehmer sich gegenseitig ausheulen, wo also gegen alle Frontanten Front gemacht wird, hält man die Zeit für gekommen, dem Metallarbeiter-Verband ein auszuweichen. Und kann man es gegen den Verband nicht selbst, dann wendet man sich gegen die Führer, um das Vertrauen der Masse zu erschüttern. In diesem kritischen Moment geht die Redaktion der Arbeiterstimme dazu über, sich hinter die Sozialisten zu verdecken und läßt sich folgendes diktieren: „Solingen. Das Streikkomitee der Lokalgewerkschaften teilt uns mit: Der Solinger Arbeiterklub wird hierdurch mitgeteilt, daß der Kollege Wenzels Junke in Nordorf in Böhmen im Auftrag des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter daselbst dem Streikkomitee mitgeteilt hat, daß dort für die Firma Gottlieb Hammesfahr in Solingen-Fosche Streikarbeit gemacht wird und daß die Kollegen in Nordorf bereit sind, diese Arbeit zu übernehmen, sobald sie genügend aufgeklärt sind. In dem Schreiben wird ferner mitgeteilt, daß man sich vor einiger Zeit um Auskunft in dieser Angelegenheit an den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Max Sendler hier, gewandt habe. Sendler hat es aber nicht für nötig gehalten, Auskunft zu erteilen; er hat den Arbeitskollegen in Böhmen überhaupt nicht geantwortet. — Kommentar überflüssig! Auf die darauf eingehende Entgegnung folgendes Inhalt: „Für besonderen Beachtung! Die am gestrigen Tage erfolgte Veröffentlichung, deren Inhalt auf Anweisung meiner Person hinausläuft, erkläre ich für unwahr, und verlange dafür die öffentliche Beweisführung. Gleichzeitig muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Arbeiterstimme sich dafür herbeigibt, die öffentliche Stufenleiter in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu stellen. W. Sendler.“ Der Staat, das Bestreben, den Verband zu hemmen, ihn und seinen Führern Knüttel zwischen die Beine zu werfen, erhellt am besten aus der Verbotsheit, mit der dem persönlichen Biographen der Metallarbeiter Rechnung getragen wird. Im Anhang zu dieser Notiz schrieb man nämlich auch: „Zu der obenstehenden Notiz des Genossen Sendler wird uns von einem Mitglied des Streikkomitees der Lokalgewerkschaften mitgeteilt: Die gestrige Notiz vom Streikkomitee der Lokalgewerkschaften wird aufrichtig erhalten und der Brief morgen veröffentlicht.“ Vergeden wir uns auf diesen Brief am anderen Tage, obwohl einer der Redakteure sich selbst auf den Marsch nach Ehlig's machte, den omnibus Brief zu holen. Statt dessen erschien am Tage darauf folgendes: „Der vom Kollegen Wenzels Junke in Nordorf an das Streikkomitee der Lokalgewerkschaften gerichtete Brief kann erst nach Zurückkunft der beiden Genossen, die nach Nordorf gereist sind, veröffentlicht werden, welche den Brief als Legitimation mitgenommen haben. Die beiden Genossen sollten heute hier eintreffen, sind bis zur Stunde aber nicht zurückgekehrt. Da dieser Brief seitens Junkes an das Streikkomitee geschrieben worden ist, hat uns gestern, wie wir bereits mitgeteilt haben, ein zu gleicher Zeit, als Sendler in der Redaktion anwesend war, anwesendes Mitglied des Streikkomitees der Lokalgewerkschaften abermals mit positiver Sicherheit behauptet. Nur aus diesem Grunde waren wir gestern in der Lage, unter die Sendler'sche Notiz ebenfalls diejenige des Streikkomitees zu setzen.“ Angeichts dieser miserablen Kampfmittel, der schabigen Mittel ist es wertvoll, eine Notiz tiefer zu hängen, die vielleicht Aufschluß gibt über den Verbleib des fraglichen Briefes. Diese Notiz ist in der Nr. 91 der Münchener Zeitung enthalten, die für Nordböhmen erscheint. Unterm 15. November schreibt man dort: „Vor einigen Tagen waren hier einige Herren von Solingen in Nordorf, um sich über verschiedene Verhältnisse, die Stahlwarenherstellung betreffend, näher zu informieren. Bei dieser Gelegenheit beachteten dieselben die königlich kaiserliche Fachschule für Metallindustrie und sprachen sich sehr lobend aus über deren vortreffliche Einrichtung, sowie künstlerische Erzeugnisse. Bei der Abreise der Herren hatte einer das Unglück, auf offener Straße bei Durchsicht einiger Papiere die Geldtasche zu verlieren, mit dem Inhalt von 400 Mk., sowie einer Paß und eine Bahnhafkarte zurück nach Solingen.“ Ob der omnibus Brief diesen beiden Herren vielleicht in der Brieftasche mit abhanden kam? Doch gesetzt den Fall, diese Notiz betraf die beiden nach Nordorf geschickten Kollegen nicht, der Brief eines Wenzels Junke fände sich auf eine oder die andere Art, so steht dem gegenüber, daß derselbe überhaupt weder mit mir, noch mit unserer Verwaltungsstelle in Verbindung gestanden hat. Und wenn man uns wegen Hammesfahr'scher Streikarbeit angefragt hätte, dann hätte man sicher auch der Wahrheit gemäß Auskunft erlangt. Und diese Wahrheit würde beweisen, daß man in Nordorf weniger Streikarbeit liefert, als in Solingen selbst, daß die von Hammesfahr hergestellte Ware von den Solinger lokalen Fachvereinen selbst hergestellt wird, daß andere Leute nur die Kaffianten aus dem Feuer holen sollen. Und als besonders greifendes Moment legen wir fest, daß Witte, der Vorsitzende des Messerschleifervereins, selbst Streikbrecherarbeit liefert, der Schutztruppe des Unternehmertums, den „Einunddreißigern“ Vorspanndienst leistet. Es hält schwer, unter solchen Umständen nicht ebenfalls ausfällig zu werden. Kein Unternehmer, selbst der argste Scharfmacher kann uns in diesem Kampfe feindsichtiger gegenübersehen, als hier die Presse und ein Teil der Fachvereine. Das aber wird sich rächen, und wenn die Dinge sich so entwickeln, wie wir voraussehen, dann — wird man einsehen müssen, welche Fehler man gemacht, und wer die waren, die diesen Zustand verschuldeten. Zum Schlusse verweisen wir darauf, daß, soweit überhaupt zwischen dem Metallarbeiter-Verband in Österreich und der hiesigen Verwaltungsstelle eine Korrespondenz gepflogen wurde, diese in nächster Nummer der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden wird, um der Wahrheit die Gasse zu öffnen. Zu der hiesigen Presse fehlt uns das Vertrauen, da in jüngerer Zeit sogar „Einschander“ von „Arbeitswilligen“ Aufnahme fanden, wovon jeder sich verwundert fragen möchte, wie es möglich sei, diese ohne jedes Kommentar zu veröffentlichen, trotzdem darin die Durchführung eines Arbeiters durch Arbeitswillige noch verherrlicht wird. Dieser Zustand wird zwar nicht auf die Dauer anhalten, vorläufig jedoch rechte man auch zunächst damit, daß hiesige und sozialistische Presse hier am zweckmäßigsten eine gemeinsame Sache gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband machen.

**Werftarbeiter.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Erklärung. Gegenüber dem geflüstert verbreiteten Gerücht, wonach die Verbandsbeamten Wilhelm Gotthausen und Fritz Peine bei Inzenerierung und Durchführung der Auslandsbewegungen in Bremerhaven und Flensburg eigenmächtig gehandelt haben, erklären wir, daß dem nicht so ist, sondern daß die Bewegungen an beiden Orten nach Verständigung mit dem unterzeichneten Vorstand und unter Beachtung von dessen Intentionen inszeniert und durchgeführt wurden. Stuttgart, den 16. November 1905. Der Vorstand.

**Rundschau.**

**Ziel Gehtreil und wenig Wolke.**

Der französische Ausschuss des vor zwei Jahren in Frankfurt abgehaltenen „deutschen Arbeiterkongresses“ dem man anfangs die falsche Etikette „erster deutscher Arbeiterkongress“ umgehängt hatte, eine Bezeichnung, die man schließlich fallen ließ, nachdem man deren Urheber nachgewiesen hatte, daß es mit ihrer Kenntnis von der Geschichte der Arbeiterbewegung nur schwach bestellt ist, macht wieder einmal von sich reden. Er erweist einen bombastischen Lohn an die christlichen und nationalen Arbeiter. Darin wird den Gläubigen verkündet, daß seit dem Frankfurter Kongresse sich in den kontinentalen Arbeitervereinen ein „lebhaftes soziales Streben“ entwickelt habe. Auch die christlichen Gewerkschaften befänden sich in einer „Aufwärtsbewegung“. An zahlreichen Orten hätten sich Aus-

schüsse für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen gebildet, durch die die praktische Arbeit in den Vereinen lebhaft gefördert wird. „So können wir mit gutem Gewissen konstatieren, daß der Frankfurter Kongress für die an denselben beteiligten Korporationen fruchtbringend gewirkt hatte. So sehr dieses Resultat ihn befriedige, um so weniger befriedige ihn die Entwicklung der allgemeinen Sozialpolitik. Zahlreiche heilige und ausgeübte Streiks und Aussperrungen erschüttern das wirtschaftliche Leben. Die Gegenläufe verwickeln sich.“ Dafür werden die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verantwortlich gemacht. Durch deren Verhalten werde den Scharfmachern und Gegnern der sozialen Reformen der Rücken gestärkt, die das Vorgehen der Sozialdemokratie als Vorwand benützen. Diese sozialreformfeindliche Stimmung wache ständig, besonders in den Kreisen der Arbeitgeber, und äußere sich vornehmlich in dem steigenden Widerstand der Unternehmerorganisationen gegenüber den Bestrebungen der Arbeitnehmer nach Anerkennung und Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis. Erst jüngst auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik zu Mannheim habe der einflussreichste Arbeitgeber des Ruhrkohlenbergbaues, Geheimrat Nordorf, erklärt, daß die Zeichen dafür, wenn sie sich zu einem Arbeitgeberverband vereinigt hätten, nicht mit den Arbeiterorganisationen verhandeln würden. Diese Gegenströmung werde durch die sozialdemokratische Politik nur bestärkt. Dann wird in dem Kurzus beklagt, daß die Regierung den Wünschen des Frankfurter Arbeiterkongresses nicht näher getreten ist. „Wir sehen es für einen verhängnisvollen Fehler an, daß, trotz der eindringlichen Mahnung unseres Kaisers im Jahre 1890, die Regierung keinerlei Schritte nach dieser Richtung zur Verwirklichung des Gedankens der paritätischen Arbeitskammeri getan hat. Wir erwarten, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre und vor allem auch auf Grund der Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim die Regierung endlich dazu übergeht, besonders den langgehegten Wunsch nach Arbeitskammern zu erfüllen. Wir treten deshalb erneut an die christlich-nationalen Arbeiter heran mit der dringenden Bitte, überall für unsere Programmforderungen Propaganda zu machen und vor allen Dingen auf die Parlamentarier der bürgerlichen Parteien einzuwirken, für diese Forderungen in den Parlamenten einzutreten. Zu diesem Zwecke sollen die christlich-nationalen Arbeiter, wo es ihnen möglich ist, dahin streben, Einfluß in ihren politischen Parteien zu gewinnen und dafür Sorge tragen, daß möglichst viele Arbeiter christlich-nationaler Gesinnung in den Parlamenten vertreten sind. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Vertraut auf eure eigene Kraft, vertraut auf die hohen Ideale, die uns leiten, vertraut auf die Gerechtigkeit unserer Sache und arbeitet mit Energie und Ausdauer an dem Aufbau unserer Organisation, an der Schulung und Erziehung der Mitglieder in den Korporationen! Sezt den gefährlichen Reformismus und die Gleichgültigkeit beiseite und laßt euch durchdringen von den Gefühlen wahrer Solidarität und brüderlichen Kampfesmutes.“

Die „christlichen“ Führer gestehen also die Auslosigkeit ihrer Bemühungen ein. Die Frankfurter Volksstimmung trifft den Nagel auf den Kopf, indem sie schreibt: „War hätte sich doch gerade christlich und mitläuternd organisiert, um sozialreformatorische Großtaten bei der Regierung durchzusetzen. Die neue Arbeiterbewegung sollte den Regierenden zeigen, daß man auf dankbare und getragene Gemüter zu rechnen habe, wenn man den frommen Arbeitern nur ein bißchen entgegenkomme. Nach christlicher und nationalpolitischer Lage war nur nichts mehr für die Arbeiterkraft geschehen, weil die sozialistisch verachteten Proletarier trotz allen sozialpolitischen Wohlwollens des Reiches sich schon von diesem abgewandt und für ihren „Lohn“ weiter agitiert hatten. Sei es die vernünftige und gesonnene Arbeiterbewegung geschaffen, da werde es drei regnen für den guten Köhler. Und jezt muß die Leitung dieser sanften und unternehmerfreundlichen Arbeiterbewegung zugestehen, daß die Regierung auch ihr nichts gewährt hat. Der Segen von oben für die brave Gesinnung blieb völlig aus! Im Gegenteil: inzwischen ist das Wort von der vollen Verantwortlichkeit gefallen, das auch den verantwortlichen „christlichen“ Arbeitern wie Lohn in den Ohren klingen muß und das der schöne Aufsatz deshalb sorgsam verschweigt. Also ein jämmerlicher Mißerfolg, der auch durch zahlereiche Kräfte und noch so heilige Schimpereien auf die Klassenreformpolitik der Sozialdemokratie nicht wendigt werden kann. Und zum Schlusse ein noch prächtigeres Eingekleidnis: wir müssen selbst Politik treiben, selbst Arbeiter in die Parlamente bringen, die bürgerlichen Parteien tun sonst nichts für uns! Ja, ist das nicht auch der schönste Klassenkampf? Um wir bösen Sozialdemokraten etwas anderes? Nur, das wir die Unfähigkeit der Bourgeoisie und der Regierung, für das Proletariat zu sorgen, früher erkannt haben und gründlicher kennenzulernen als die christlichen Konfessionäre, die da glauben, die besitzenden Klassen und ihre regierenden Kommiss ließen sich ihren parlamentarischen Einfluß schmälern und gäben den Arbeitern dazu auch noch gutwillig, was sie bräuchten. Ein herrliches Dokument für den Mißerfolg und die Ausichtslosigkeit der „christlichen“ Arbeiterbewegung konnten wir uns nicht wünschen!“

**Was ist Streikbruch?**

Der Vorwärts polemisiert gegen den in Nr. 45 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands enthaltenen Artikel über den Streikbruch. In dieser Entgegnung heißt es nun auch:

„Der Verfasser des Artikels scheint noch nicht zu wissen, was Streikbruch ist. Erstens kann dann, wenn jemand kündigt, unter Auszahlung aller seiner Forderungen entlassen wird, und darauf ein anderer in die erledigte Stelle tritt, dieser niemals als „Streikbrecher“ gelten, zweitens aber wird von Arbeitern, wenn sie zum Streik greifen wollen, stets diese Absicht den Kollegen vorher mitgeteilt und gemeinsam beschlossen.“

Wir nehmen diese Sätze nur so, wie sie hier stehen, ohne Bezugnahme auf den Vorwärtsartikel. Und da können wir nicht umhin, zu sagen, daß sie der bisherigen Ansicht über den Begriff des Streikbruchs entgegenstehen. Es kommt bei der Beurteilung eines gegebenen Falles vor allem darauf an, unter welchen Umständen „jemand“ kündigt und unter Auszahlung aller seiner Forderungen entlassen wird. Wenn derartige Kündigungen z. B. durch Differenzen veranlaßt sind, ist die Praxis der Gewerkschaften gemäßlich die, die Sperte über den Betrieb zu verhängen. Der Bruch einer solchen Sperte ist gleichbedeutend mit Streikbruch. Wir hätten also den Standpunkt des Vorwärts für unzulässig und es wäre deshalb das Geschickliche, wenn er schleunigst aufgegeben würde.

**Vom Ausland.**

**Österreich.**

Die „passive Resistenz“ der Eisenbahner, wovon wir schon in Nr. 46 berichtet haben, hat mit einem Erfolg geendet. Das Eisenbahnministerium versuchte zwar, die Bewegung zu unterdrücken, indem sie zu dem vorerwähnten Mittel griff, das es gibt. Die alten Vorschriften, die von den Angestellten buchtstabengetreuen beobachtet wurden — ausgenommen bei Personenzügen — wurden durch neue ersetzt, die die Eisenbahner zwangen, jede Sperrung außer acht zu lassen. Es wurde ihnen vorgeschrieben, während der Fahrt auf die Laufbreiten zu springen, zu kuppeln, während der Wagen noch in Bewegung sind u. s. w. Ebenso hatte die Regierung den Plan, die militärisch-typischen Eisenbahnen zu den Massen zu rufen, um sie nach italienischen Manier unter militärischen Zwang zu stellen. Die Eisenbahnbestimmungen waren schon gedruckt; sie wurden aber nicht abgedruckt. Die Industriellen erlitten durch die Obstruktion großen Schaden. Sie fanden eine Exzentrik nach der anderen ins Ministerium. Der jugendliche Abgeordnete Mastala suchte im Interesse der Industriellen die Eisenbahner zu Verhandlungen zu veranlassen. Als am 11. November die Erklärung des Ministerpräsidenten veröffentlicht wurde, daß noch in dieser Wahlperiode ein neues Wahlgesetz geschaffen werden solle, erschien die Demonstration für das Wahlrecht als gelüftet. Am 11., 12. und 13. November verhandelte

der Bevollmächtigte des Eisenbahnministeriums, Hofrat Bahnhans, mit den Vertretern der sozialdemokratischen, sozialistischen und christlich-nationalen Organisationen, denen auch die Abgeordneten (Eisenb. Soc.), Mastala (ungarische) und Schreier (christlich-national) zur Seite standen. Nur die christlich-sozialistische Organisation, die sich an der Obstruktion nicht beteiligen wollte, war bei den Verhandlungen nicht vertreten. Am 11. abends betrug die Zugeländnisse, die das Ministerium bereits machen wollte, 3 bis 4 Millionen Kronen (1 Krone = 85 Pf.), am 12., nachdem die Abgeordneten mit dem Eisenbahnminister verhandelt, dem Finanzminister Stöckl und dem Ministerpräsidenten Gausch konteriert hatten, betrug sie bereits 5 bis 6 Millionen. Auf der bereits erwähnten Grundlage kam nun der Frieden zustande. Schwieriger stellt sich schließlich die Sache für die Bediensteten der Privatbahnen. Sie haben den Kampf eingeleitet, ohne zunächst einen positiven Erfolg erzielt zu haben, und es ist begründet, daß nur die eiserne Disziplin der Organisation und das feste Vertrauen zu deren Leitung sie dazu veranlassen konnten. Sie rechnen indessen darauf, daß zummindest auch umgehend ihre Forderungen anerkannt werden. — Der freie Eisenbahner-Verband hat 26000 Mitglieder, der christlich-nationale 6000 bis 7000, der deutsch-nationale 1200. Der christliche Verband, der nicht mitgemacht hat, hat 4000 Mitglieder.

Die Frage des Massenstreiks zum Zweck der Erringung des allgemeinen Wahlrechts wurde am 9. November in einer Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter Wiens erörtert. Zum Schlusse nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die Vertrauensmänner der Wiener Metallarbeiter sprechen dem russischen Proletariat zur Verdingung des Parismus und zur Ermäßigung des allgemeinen Wahlrechts ihre brüderlichen Glückwünsche aus.“

Die Versammlung spricht den kämpfenden Eisenbahnern ihre herzlichste Sympathie aus und fordert sie auf, im Kampfe auszuhalten, bis das Ziel: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, erzwungen ist.

Sie nehmen dem Beschluß des Gesamtparteitag's der Sozialdemokratie in Österreich — den Massenstreik zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu inzienieren — vollinhaltlich zu und erklären, dieses Kampfmittel in Anwendung zu nehmen, im Falle die Parole zum Niederlegen der Arbeit von den Vertrauensmännern des österreichischen Proletariats gegeben wird.

Die Versammlung sezt zur Inangriffnahme der notwendigen Propaganda für die Erringung des politischen Massenstreiks einen 32gliedrigen Vorbereitungsausschuß ein, der sich untergeordnet mit den Metallarbeitern aller Branchen des Reiches in Verbindung zu sezen hat, um den Massenstreik in der gesamten Metallindustrie zu einem vollständigen zu machen.

Damit in der ungewöhnlichen Weise zum Ausdruck kommt, daß dieser Kampf ein ausschließlich politischer ist und nur um die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts geführt wird, sind in Verbindung mit ihm wirtschaftliche Forderungen an die Unternehmer nicht zu stellen.

Die Vertrauensmänner beschließen, die nachdrücklichste Propaganda für das Gelingen der Massen demonstration am Eröffnungstage des Parlamentes zu entfalten und dafür zu sorgen, daß am Tage dieser Demonstration sämtliche Wiener Betriebe stillstehen.“

Zu ähnlicher Weise haben die Textilarbeiter in Wien Stellung genommen.

Das Unternehmertum ist bereits davon unterrichtet worden, daß der Zweck der Arbeiterbewegung ein rein politischer sei und daß es bei den verschiedenen Umständen, die gegenwärtig in Österreich herrschen, benachteiligt von der ganzen Aktion nur Vorteil haben könnte.

Das Sekretariat der Gewerkschaftskommission hat dem auch vom Bund Österreichischer Industrieller folgende Mitteilung erhalten:

Am 13. d. hat eine Versammlung der Delegierten der industriellen Verbände Wiens, einberufen von der Sektion Wien des Bundes Österreichischer Industrieller, stattgefunden, die den Beschluß gefaßt hat, den Verbänden nachzugehen, auf ihre Mitglieder in dem Sinne einzuwirken, daß, wenn die Arbeiterklasse um die Freigabe des Tages der Parlamentseröffnung nachsicht, diese Freigabe zu gewähren.

**Dänemark.**

Vom Textilarbeiterstreik. Die Verhandlungen über die Arbeitslosheitsfrage, die zwischen den einzelnen Fabrikanten und ihren Arbeitern geführt worden sind, haben nicht viel Erfolg gehabt. In 35 Fabriken ist verhandelt worden, aber nur in acht Fabriken wurde ganz oder teilweise eine Einigung erzielt. In den übrigen Fabriken sind die Arbeiter mit ihren geringen Forderungen einander gegenüberwiesen worden oder es wurden ihnen so geringe Zugeländnisse gemacht, daß sie nicht darauf eingehen konnten; einige Fabrikanten haben sogar Lohnherabsetzungen. Es sollen nun auf gemeinsamen Beschluß der Vertreter der Organisationen beider Parteien in den Fabriken, wo keine Einigung erzielt worden ist, neue Einigungsversuche gemacht werden. Der Hauptvorstand der dänischen Arbeitgebervereinigungen hat beschlossen, falls die Verhandlungen in der Textilindustrie erfolglos bleiben, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die über Maßregeln zur Unterdrückung des Streiks beraten soll. Man plant also allgemeine Aussperrung in anderen Betrieben, um die armen Weber zu zwingen, zu den erbärmlichen Löhnen zu arbeiten, die ihnen von den Fabrikanten geboten werden.

**Schweden.**

Der größte und langwierigste Gewerkschaftskampf, den die schwedische Arbeiterklasse bisher zu bestehen hatte, die Massen aussperrung in der sogenannten mechanischen Werkstattindustrie, ist nun infolge der auf Veranlassung der Regierung eingeleiteten Verhandlungen beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde auf den 13. November festgesetzt. Das Ergebnis des Kampfes befriedigt gewiss nicht die gerechten Wünsche der Arbeiter, aber der Umstand, daß die Unternehmer das Gewähren mußten, wogegen ihre Aussperrung gerichtet war: einen Vertrag mit den Gewerkschaften über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sezt deutlich genug, daß sie nicht die Sieger sind. Im übrigen muß die Tatsache, daß die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse Schwedens, das doch nur ein Land mit 3 1/2 Millionen Einwohnern ist, es rund 17000 Arbeitern möglich machte, fast ein halbes Jahr hindurch im Ausstand zu verharren, eben so wie die Ausdauer der kämpfenden selbst, Bewunderung erregen. Vor allem merke das allerdings auch dem praktischen Unterlegen des Systems durch die obligatorischen Streikbeiträge, wie sie die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften allen arbeitenden Mitgliedern auferlegt, zu verdanken.

**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Gauswich-Wilow. — Das französische Gewerkschaftswesen. Von Paul Louis. — Die Nationalratswahlen in der Schweiz. Von Dionys Jinner. — Die ökonomische Lage des jüdischen Proletariats in Russland. Aus dem Russischen übersezt von H. R. (Fortsetzung). — Sozialdemokratische. Von Viktor Brock (Charlottenburg). — Notizen: Von der Verjährungsfrist des Großherzogtum Hessen. Von E. G.

**Verbands-Anzeigen**

Mitglieder-Versammlungen.	Samstag, 25. November:
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)	Eisenburg, I. und II. Uhr.
Freitag, 24. November:	Flensburg, I. und II. Uhr.
Kellermarkt, halb 9.	Wien, I. und II. Uhr.
	Wien, I. und II. Uhr.
	Wien, I. und II. Uhr.

